

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbands-gelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5386.

### Inhalt.

Deutsche und englische Arbeiter. — Die Zittauer Handelskammer gegen die Beschränkung der Garneinfuhr aus Oesterreich. — Arbeitsordnungen und Strafen (I). — Solidarität. — Frauenarbeit und Gewerkschaftsbewegung. — Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912 (I). — Streit um die Invalidenkarte. — Das Elend der unverheirateten Arbeiter. — Genossenschaften für Ledige. — Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen. — Allgemeine Wochenschau. — Genossenschaftliches. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfaktisfel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Für Mutter und Kind. — Fachgewerbliche Rundschau. —

### Deutsche und englische Arbeiter.

Der letzte Besuch englischer Arbeiter in Deutschland hat einem zeilenhungrigen Journalisten in Berlin Anlaß gegeben, einen Wochenzettel zu fabrizieren über deutsche und englische Arbeiter. Dieser Wochenzettel macht jetzt die Runde durch die ganze bürgerliche Presse. In diesem Wochenzettel wird Bezug genommen auf eine frühere Informationsreise englischer Textilarbeiter nach Deutschland, und die Mär verbreitet, die Lage des deutschen Textilarbeiters sei, was die Lohnhöhe, die Arbeitsbedingungen, die Kosten des Unterhalts, die Mieten und Steuern anlangt, besser wie die des englischen Textilarbeiters. Weiter wird ein Brief erwähnt, den zu jener Zeit ein englischer, in Deutschland lebender Textilarbeiter in einem englischen Blatt veröffentlicht hat und in dem er u. a. sagt: „daß die im Vergleich mit England im allgemeinen niedrigere Lohnhöhe in Deutschland kein Beweis für die schlechtere Lage des deutschen Arbeiters sei. Diese sei vielmehr mindestens ebensogut, wenn nicht noch besser wie die des englischen Arbeiters. Der Grund dafür läge in der größeren Billigkeit des Lebens in Deutschland“.

Längst hatten wir geglaubt, diese Ente sei nun tot, da sehen wir sie wieder lustig aufplattern. Die „Magdeburger Zeitung“, die „Bauzener Nachrichten“ und das ähnliche Pflöckelgericht, alles ist erfreut, diese fette Ente wieder hochsteigen zu lassen.

Wir haben schon damals zu diesen Behauptungen Stellung genommen und konnten nachweisen, daß jenes Urteil englischer Textilarbeiter auf Objektivität keinerlei Anspruch erheben kann. Daß jene Arbeiter in England die deutschen Verhältnisse in ein günstiges Licht stellen, konnten wir ihnen nicht verdenken. Die englischen Unternehmer hatten ihnen nämlich bisher immer gesagt, der deutsche Textilarbeiter stehe wirtschaftlich erheblich schlechter da wie der englische und sie hatten versucht, den englischen Arbeiter auf die niedrigere soziale Stufe des deutschen Textilarbeiters herabzudrücken. Dagegen wehrten sich die englischen Textilarbeiter. Sie schickten eine Deputation nach Deutschland, die sich in verschiedenen Luchstädten umsehen sollte und die, nach England zurückgekehrt, natürlich alles ins rosige Licht stellte, was sie in Deutschland gesehen haben wollte, um die öffentliche Meinung in England gegen die lohnrückenden englischen Unternehmer zu beeinflussen. Diesem Zwecke diente auch der in einem Londoner Blatte veröffentlichte Brief des in Deutschland lebenden englischen Arbeiters. Dieser Arbeiter, der in einer Textilfabrik Deutschlands eine Meisterstelle innehat, ist uns wohlbekannt. Er schrieb den Brief, um seine englischen Kollegen in ihrem Bestreben, Verschlechterungen abzuwenden, zu unterstützen.

So lagen damals die Dinge. Inzwischen haben sich die Verhältnisse sehr zuungunsten der deutschen Arbeiter geändert. Seit 1908 sind die Lebensmittelpreise in Deutschland ganz enorm gestiegen, so daß es als bester Blödsinn wirkt, wenn es heute in dem Wochenzettel heißt, der Grund dafür, daß es dem deutschen Textilarbeiter trotz im allgemeinen niedrigerer Lohnhöhe mindestens ebensogut gehe wie dem englischen, liege in der größeren Billigkeit des Lebens in Deutschland. Um diesen Blödsinn voll zu würdigen, verweisen wir auf das lehrreiche Buch von Dr. Carl v. Tszzka: „Ueber die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in den bedeutendsten Industriestaaten: England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Vereinigte Staaten von Amerika“. Das dort niedergelegte Zahlenmaterial beruht auf amtlichen Quellen.

Setzt man die Verhältnis-ziffern beim Einkommen, bei der Miete und den Lebensmittelpreisen in

England gleich 100, dann ergibt sich für Deutschland eine erheblich ungünstigere Ziffer. Wie ist das Bild?

#### 1. Lohn einkommen.

	Normallohn	Arbeitszeit	Kombination: Lohn und Arbeitszeit (Stundenslohn)
England . . . . .	100	100	100
Deutschland . . . . .	83	111	75

Also hier tritt die Wirklichkeit in einer für Deutschland sehr ungünstigen Weise zutage. Im Verhältnis zur Arbeitszeit ist der Lohn in Deutschland um 25 Proz. geringer wie in England. Und nun die Miete; diese soll in Deutschland billiger sein.

#### Miete für

	2	3	4	5	Durchschnitts-miete	desgleichen abzüglich der Gemeindesteuern	
	R ä u m e						
England . . . . .	100	100	100	100	100	100	
Deutschland . . . . .	95	100	102,5	—	101	123	

Diese Ziffern zeigen uns nicht, daß der deutsche Arbeiter billiger, sondern daß er schlechter wohnt wie der englische. Die Einzimmerwohnung, die nach den neuesten Berichten preussischer Gewerbeinspektoren noch von sehr vielen Arbeiterfamilien in Anspruch genommen werden muß, kennt man in England gar nicht. Dagegen haben dort die Arbeiter noch die Möglichkeit, sich eine Fün fzimmerwohnung zu mieten. Der deutsche Arbeiter wohnt also im Durchschnitt schlechter wie der englische. Die Miete des deutschen Arbeiters ist noch um 1 Proz. höher, wie Miete und Gemeindesteuern des englischen Arbeiters zusammengenommen. In England wird nämlich die Kommunalsteuer vom Hauswirt mit der Miete eingezogen. Ziehen wir diesen Steuerbetrag von dem Mietpreise ab, dann ergibt sich als Resultat die Tatsache, daß im Durchschnitt die Mietrente in Deutschland um 23 Proz. höher ist wie in England, trotz schlechterer Wohngelegenheit.

#### Nun zu den Lebensmittelpreisen.

Sehen wir die Lebensmittelpreise in England gleich 100, so muß der englische Arbeiter, wenn er in Deutschland ebenso leben will wie in England, 118 aufwenden. Also 25 Proz. weniger Lohn für dieselbe Arbeitszeit, 23 Proz. mehr Mietrente für ungenügendere Wohnungen und 18 Proz. mehr für Lebensmittel, das ist für die Arbeiterschaft in Deutschland das Resultat der Feststellungen, welches v. Tszzka an Hand der amtlichen Quellen über die Lebenshaltung der Arbeiter gewonnen hat.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unterlassen, eine Begebenheit zu erwähnen, die auch ein großes Licht wirft auf die schwindelhafte Schönmalerei der deutschen kapitalistischen Presse. Just zu derselben Zeit, wo damals diese Presse zum ersten Male die Berichte der englischen Textilarbeiter-Deputation gegen die deutschen Textilarbeiter auspielte, wandten sich andere englische Textilarbeiter an unseren internationalen Vertrauensmann Kollegen W ag e n e r mit der Bitte, ihnen eine Anzahl Brote aus Deutschland nach England zu schicken. Diese Brote wurden hinübergeschickt, nicht, um mit ihnen die größere Billigkeit der Lebenshaltung in Deutschland zu beweisen, sondern sie wurden hinübergeschickt, um als Demonstrationsobjekt gegen die Chamberlainleute, die Hochschulküchler, verwandt zu werden. Die deutschen Brote wurden von den englischen Arbeitern in den Demonstrationen zur Schau getragen, um dem englischen Volke zu zeigen, wie in Deutschland durch die Schutzzölle das Brot verteuert werde. Und wie uns berichtet wurde, ist mit diesem Demonstrationsobjekt großer Eindruck erzielt worden. Und heute kommt unsere kapitalistische Presse und bindet ihren geduldigen Lesern den Bären auf, in Deutschland sei die Lebenshaltung billiger wie in England. Das Gegenteil ist allbekannte Tatsache. In England bestehen keine Lebensmittelpreise, dort besteht keine Grenzsperr für Vieh und Fleisch. Natürlich sind dort diese Lebensmittel erheblich billiger.

Und dann die Behauptung von den Steuern, die für den Arbeiter in Deutschland günstiger liegen sollen wie in England. Es ist unglücklich, was da bürgerliche Blätter Deutschlands zusammenfügen können. In Deutschland muß der Arbeiter im Verhältnis zu seinem Einkommen das Vielfache mehr an Steuern zahlen wie der Arbeiter in England. Lebensmittelpreise zahlt der englische Arbeiter gar keine; der deutsche dagegen nicht zu knapp. Einkommensteuer zahlt der englische Arbeiter erst von einem Einkommen von 3200 Mk. an. In Sachsen aber zahlt der Arbeiter schon von 400 Mk. und in Preußen und den meisten anderen Bundesstaaten schon von 900 Mk. an Einkommensteuer.

Geradezu wie blutiger Hohn wirkt es aber, wenn heute die bürgerlichen Blätter nach der Verwässerung der Sozialpolitik durch die Reichsversicherungsordnung

den den Wohlstanen fabulieren, welche die Arbeiter in der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung genießen sollen. Und ebenso wirkt das Selbstlob, was die liberale Presse der „liberalen Anwendung“ dieser Gesetze spendet. Von liberaler Anwendung der sozialpolitischen Gesetze ist heute keine Spur mehr vorhanden.

Uebrigens paßt es gut, daß der „Confectionair“ ein Interview veröffentlicht, das einer seiner Korrespondenten mit Mitgliedern der englischen Arbeiterdeputation gehabt hat, die jetzt in Deutschland war. Das Interview ist in der Nr. 42 vom 24. Mai 1914 abgedruckt. Mister D. Kelly, ein Bilderrahmenarbeiter, gab dem Interviewer die Auskunft. Es waren 30 englische Arbeiter mit anwesend. Nach Besichtigung der Berliner Arbeiterwohnungen entschied sich die Mehrheit der Engländer doch für das englische Privathaus mit seinem Garten. Was würden die Engländer wohl erst gesagt haben, wenn sie einmal Gelegenheit gehabt hätten, die Arbeiterwohnungen zu sehen, die Hunderte von Textilarbeitern z. B. in Bechelde, Schüttdorf, Hocholl und anderen Orten beherbergen. Bezüglich der Lebensweise waren alle 30 Engländer einig, als Mister Kelly antwortete:

„Nach dieser Richtung kann der deutsche Arbeiter nicht mit. Wir könnten uns niemals daran gewöhnen, zum Frühstück neben der Tasse Stäffee oder dem Täßchen Tee etwas Weißbrot und Butter zu genießen. Der englische Arbeiter glaubt, wenn er zum Frühstück nicht Schinken und Eier und Marmelade und Honig und andere nette Sachen hat, daß das Leben nicht mehr des Lebens wert ist. In anderen Worten: er leistet sich mehr. Er führt einen bedeutend besseren Tisch. Und wenn wir auch die Wittage dahingehen lassen wollen, so gibt es doch keinen anständigen Arbeiter in ganz England, der nicht auch zum Abend seine warme Mahlzeit verlangt. Durchschnittlich ist der Arbeiter in England dreimal am Tage Fleisch und es scheint, als ob der deutsche Arbeiter das nicht kennt.“ Der Ahnungslose! Viele Tausende und Aber-tausende von Arbeitern in Deutschland können sich nicht einmal alle Tage einmal Fleisch beschaffen. Der Interviewer fragte: Verdient denn der englische Arbeiter joviell mehr als sein deutscher Kamerad. Darauf antwortete Kelly:

„Ich würde sagen: mindestens 15 Proz. mehr. Wohl in keinem Falle weniger; in vielen Fällen aber bedeutend mehr. Und so kommt es auch wohl, daß er im allgemeinen mehr aus dem Leben herausholt. Es kommt ihm nicht darauf an, eine ziemliche Reise zu unternehmen, um irgend-einen beliebigen Varietéschauspieler oder ein Fußballspiel oder ein Pferderennen zu sehen. Allerdings wird er dadurch von den Eisenbahnen sehr unterstützt, die für solche Fälle billige Fahrten zusammenstellen. Und auch von den Arbeitgebern dadurch, daß gewisse Nachmittage — gewöhnlich mindestens einer in der Woche — frei sind. Ganz abgesehen von den sogenannten Bankfeiertagen. Auch des abends ist der englische Arbeiter früher fertig.“

Also kürzere tägliche Arbeitszeit, mindestens einmal wöchentlich einen Nachmittag frei und mindestens 15 Proz., in vielen Fällen aber bedeutend mehr an höherem Verdienst.

Selbst mit Bezug auf die Kleidung meinte Mister Kelly — und meinten auch die anderen —, daß sich der britische Arbeiter besser anziehe als der deutsche.

„Ob unsere Arbeiter mehr Geld für ihre Kleidung aufwenden als die deutschen, weiß ich nicht. Ich glaube es auch kaum. Das ändert aber nichts an der Tatsache — und es ist uns allen aufgefallen —, daß wir im großen und ganzen drüber besser gekleidet sind als unsere Kameraden hier. Wenn der englische Arbeiter sich gut anzieht, so sieht er selbstverständlicher darin aus als der deutsche, dem man es schon von weitem ansieht, daß er seinen Sonntagsrock herausgeholt hat.“

Jeder Mensch, der auch nur eine Kleinigkeit weiß von der Lebenshaltung der Arbeiter in England und Deutschland, der findet, daß diese Arbeiterdeputation die Tatsachen objektiv dargestellt hat.

Daraus ergeben aber auch die deutschen Textilarbeiter, daß sie es machen müssen wie ihre englischen Kollegen und Kolleginnen. Sie müssen sich ebenso gut organisieren, wie es die Engländer getan haben und sie müssen ebenso gute Solidarität üben, dann wird es uns auch gelingen, die Differenz, um welche der Lohn und die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters schlechter steht, wie beim englischen, recht bald aus der Welt zu schaffen.

### Die Zittauer Handelskammer gegen die Beschränkung der Garneinfuhr aus Oesterreich.

Die Handelskammer zu Leipzig und die Vereinigung sächsischer Spinnereibesitzer haben bei dem sächsischen Ministerium des Innern den Antrag wiederholt, eine sofortige Erhöhung der durch Verträge nicht gebundenen Baumwollgarnezölle für solange vorzunehmen, als die ungewöhnlich hohe Einfuhr österreichischer Baumwollgarne andauert. Außerdem hat die Handelskammer zu Leipzig angeregt, eine Bestimmung in das Zolltarifgesetz aufzunehmen, die den Bundesrat ermächtigt, auch ohne den Reichstag gewisse vorübergehende zollpolitische Schutzmaßnahmen in ähnlichen Fällen zu treffen. Die Zittauer Handelskammer ist von dem Ministerium des Innern um eine Äußerung darüber ersucht worden, welche Stellung sie jetzt zu der Frage einer vorübergehenden Zollerhöhung auf grobe Baumwollgarne bis Nummer 32 englisch und zu dem weiteren Vorschlag der Handelskammer Leipzig einnimmt. — Die österreichischen Spinnereien haben, während in Oesterreich im Zusammenhange mit den Balkankriegen die Konjunktur sehr schlecht war, also in einer Notlage, Baumwollgarne zu sehr niedrigen Preisen nach Deutschland ausgeführt. Darauf hat sich in Deutschland sofort das Geschrei nach Zollschutz erhoben und die Handelskammer zu Leipzig ist sogar so weit gegangen, daß sie vorschlug, der Bundesrat solle ermächtigt werden, den Zolltarif einfach über den Haufen zu werfen. Die Zittauer Kammer hat sich gegen solche unsinnige Vorschläge ablehnend verhalten und ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die außergewöhnlich hohe österreichische Einfuhr bereits wieder im Rückgang begriffen sei. Da aber das Ministerium aufs neue bestirmt worden ist, verlangt es ein neues Gutachten. Der Referent, Herr Kammersekretär Dr. Taeger, führt wiederum aus, daß die Einfuhr österreichischer Garne nur eine vorübergehende Erscheinung sei und daher keine Notwendigkeit zu Schutzmaßnahmen vorliege. Es hätten sich auch nur einige wenige der Spinnerei nahestehende Interessenten den Vorschlägen der Leipziger Kammer angeschlossen. Die Mehrheit der Interessenten im Zittauer Kammerbezirk habe sich dahin geäußert, daß die Einfuhr aus Oesterreich jetzt wieder einen normalen Verlauf nehme. Nur auf früher abgeschlossene Verträge erfolgten noch Lieferungen auf allmählichen Abruf. Neue Verkäufe zu billigeren Preisen nach Deutschland seien nicht mehr abgeschlossen worden. Die österreichischen Spinner hätten die sehr verlustbringende Einfuhr nach Deutschland aufgegeben, da nach Beendigung des Balkankrieges die Lage sich in Oesterreich bessere und die dortigen Webereien wieder mehr Garne kaufen. Die Preise der österreichischen Garne seien jetzt sogar schon höher als die deutschen, und zwar von Nr. 17a aufwärts bis zu 10 Pf. pro Pfund. Ein großer sächsischer Industrieller sei schon im Begriffe, nach Oesterreich zu exportieren, da er um 10 bis 12 Proz. billiger liefern könne. Eine Zollerhöhung käme also jetzt jedenfalls zu spät und sei gänzlich zwecklos, sie würde den deutschen Spinnern nur Anlaß geben, ihre Preise zu steigern, so daß die deutschen Webereien außerstande sein würden, gegen die englische, belgische und namentlich die italienische (mit niedrigen Löhnen arbeitende) Konkurrenz auf dem Weltmarkt anzukämpfen. Bei dem Niedergange der wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland sei aber die deutsche Textilindustrie mehr wie je auf die Pflege der Ausfuhr angewiesen. Die Zittauer Kammer habe eine Gegenüberstellung der Preise der österreichischen und der deutschen Garne vorgenommen, woraus sich der ständige Rückgang der Einfuhr österreichischer Garne ergebe. Durch die neuesten Erfahrungen werden die Eingaben der Kammer vom März und September vollständig gerechtfertigt. Mit um so größerem Nachdruck müsse daher die Kammer gegenüber dem neuesten Ansuchen des Ministeriums seinen Standpunkt vertreten, daß keinerlei Schutzmaßnahmen er-

forderlich seien. Ganz entschieden müsse auch der Anregung der Leipziger Handelskammer widersprochen werden, den Bundesrat zu ermächtigen, aus eigener Initiative Zollerhöhungen vorzunehmen. Die weittragenden Folgen eines solchen Vorgehens seien gar nicht abzusehen. Sicher sei nur, daß dadurch eine gefährliche Unsicherheit in das wirtschaftliche Leben hineingetragen würde, wenn jede zufällige Verschiebung zu einer Abänderung des Zolltarifs führen könnte, auf einfache Bundesratsverordnung, ganz ohne Gesetzesapparat. Der Referent schlägt vor, die Kammer möge, ohne Ausschußberatung, in diesem Sinne Beschluß fassen. Herr Kommerzienrat Hoffmann-Neugersdorf meint, den deutschen Spinnern (Spinnereibesitzern) müsse es doch noch recht gut gehen, da sie gewisse Spezialnummern wegen kleiner Schwierigkeiten nicht herstellen können, während die böhmischen Spinner die Herstellung dieser Nummern aufgenommen haben. Daher komme der Export aus Böhmen, der noch fort dauert. Die Kammer erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

### Arbeitsordnungen und Strafen.

Unter dem kapitalistischen Lohnsystem verkauft der Arbeiter seine Arbeitskraft; für den gezahlten Lohn erhält der Unternehmer das vom Arbeiter hergestellte Erzeugnis. Wie beim Vermieten überläßt der Arbeiter dem Unternehmer den Verbrauch der Arbeitskraft aber nur innerhalb gewisser Grenzen; diese Kraft soll auch fernerhin benutzbar bleiben. Der Arbeiter verkauft — nach Marx: Lohn, Preis und Profit — „seine Arbeitskraft, um sie, abgesehen von ihrer natürlichen Abnutzung, zu erhalten, aber nicht, um sie zu zerstören. Beim Verkauf seiner Arbeitskraft zu ihrem täglichen oder wöchentlichen Werte ist es stillschweigende Uebereinkunft, daß diese Arbeitskraft nicht in einem Tage oder einer Woche einer Vernichtung oder Abnutzung von zwei Tagen oder zwei Wochen unterworfen wird.“ Dies sehen aber die Unternehmer vielfach nicht ein, sie verneinen immer noch, daß sie „mit ihrem Eigentum“ tun könnten, „was sie wollen“, gerade so, wie Lufull das „Recht“ hatte, die Fische mit Menschenfleisch zu füttern. Im Interesse der kapitalistischen Unternehmer selbst mußte durch die soziale Gesetzgebung das „Recht“ der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft „freier“ Lohnarbeiter eingeschränkt werden. Der Gegensatz der Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern, der beständige Kampfzustand unter der Herrschaft des Kapitalismus, kommt auch durch die Arbeitsordnungen und ihre Strafbestimmungen zum Ausdruck. Die Straffuchtel wurde in Zeiten ohne Arbeiterorganisation brutal gehandhabt, der „freie“ Lohnarbeiter war seinen „Vorgesetzten“ auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wehe, wenn eine der Werkstücken ihr Auge auf eine hübsche, aber nicht liebeswillige Arbeiterfrau geworfen hatte — es hagelte „Strafen“ für den Proletarier. Das ist nun doch im allgemeinen erfreulicherweise anders geworden, diesen Eindruck erlangt man, wenn man die in Frage kommenden Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten für das letzte Jahr durchliest. Diese Beamten hatten nämlich den Auftrag bekommen, für das Jahr 1913 die auf Grund der Arbeitsordnungen verhängten Geldstrafen eingehender zu behandeln. Die ermittelten Tatsachen sind sehr mannigfaltig, sie befanden vor allem, daß auch in unserer Zeit bei den Fabrikstrafen die Willkür noch eine erhebliche Rolle spielt: ob und wie bestraft wird, hängt vielfach mehr von dem Temperament der Werksbeamten ab, als von anderen Ursachen. Wir hören von den Fabrikinspektoren, daß in der Mehrzahl der Arbeitsordnungen Strafbestimmungen gegen Arbeiter vorgeesehen sind, aber nur von einem Teil der in Frage kommenden Betriebe werden wirklich Strafen verhängt. In vielen Fällen ist der Grund für die Räßigkeit die für die Unternehmer schmerzliche Erfahrung, daß die Arbeiter leicht

aufhören, wenn sie gepöbelt werden sollen. Da wird denn die Not zur Tugend gemacht. Um das „Deforum“ zu wahren, steigt der Unternehmer auf den Kothurn und verkündet, er erwarte von der Einsicht und dem Pflichtbewußtsein der Arbeiter, daß sie auch ohne Strafen ihre Schuldigkeit tun würden! Ein gut Teil Unternehmer erkennt aber auch die Zwecklosigkeit der Strafen, andere wieder scheuen vor der Verwaltung der Strafgeelder und vor der Listenführung zurück. Gestraft wird nicht nur mit Lohnverlust — wenn auch Geldstrafen vorwiegend verhängt werden —, sondern auch auf mancherlei andere Art. In Ober-Oesterreich gibt es neben Geldstrafen Verletzungen in niedrigere Lohnklassen, Entziehung der Freifohle usw. „Ein Werk scheidet unerbesserliche Trunkebolde, wenn sie betrunken zur Arbeit kommen, zwei oder drei Tage „zur Erholung“ nach Hause.“ Im Trierer Bezirk kommen Feuerungszulagen- und Prämienverlust in Frage. Letzten Endes treffen aber fast alle Strafen die Arbeiter doch mit einer Lohnvermindern-

Sucht man nach den Gründen für die Strafen, so fällt gleich auf, daß die meisten wegen Zuspätkommen und Fehlen verhängt werden. Dies können die Unternehmer schlecht vertragen. Weniger schmerzt es sie, wenn Unfallverhütungsvorschriften unberücksichtigt bleiben. Und was wird im übrigen nicht alles bestraft! „Rauschen, Lärmen, Zänkerei, Verlassen der Arbeitsstelle, Vergewenden des Arbeitsguts, vorzeitiges Rükten zum Fortgehen, ungenügendes Säubern der Maschinen und Arbeitsplätze, Nachlässigkeit und Müßigkeit bei der Arbeit, mangelnde Reinlichkeit der Kleider und des Körpers“ (Frankfurt a. D.), „Nichtbeachtung der Vorschriften über die Markenkontrolle, Singen und Pfeifen bei der Arbeit, Alkoholgenuß, Geldsammlungen ohne Erlaubnis des Betriebsinhabers, Agitieren und Verteilen von Druckschriften in den Betriebsräumen“ (Berlin), „Unfug und Schlägerei“ (Düsseldorf), „Unbotmäßigkeiten gegen Vorgesetzte, Verunreinigung der Arbeits- und Nebenräume, Sachbeschädigung“ (Hildesheim), „Einführen fremder Personen, Beiseitebringen und Verheimlichen von Abfällen“ (Düsseldorf) werden genannt. Aus dem Regierungsbezirk Trier werden folgende einzelne Strafgründe aus den Listen mitgeteilt: unbefugtes Fahren eines Kranes, Ueberhängenlassen beim Lehmabgraben, unbefugtes Inbetriebsetzen des Bandenisenhappels, Walzen kalter Blöcke, Unachtsamkeit, Unvorsichtigkeit, Entgegenwerfen eines Rohres, Krummfahren der Subachse eines Kranes, Zank, Werferei, Schlägerei, Schrankaufbrechen, Beschimpfen von Arbeitskollegen, „hat seinen Mitarbeiter ins Ohr geiffen“, Fußtritte an seinen Mitarbeiter, Werfen des Meisters mit dem Hammer, Fußballspielen während der Arbeitszeit, Verunreinigung seines Bettes im Schlafhause, nächtliche Ruhestörungen im Schlafhause, Demolierung einer Zimmertür im Schlafhause, Verschlagen eines Schemels.

Ziemlich übereinstimmend wird berichtet, daß bei den Arbeiterinnen die Strafen für notwendiger gehalten würden wie bei den männlichen Arbeitern. „Es handelt sich aber bei den Mädchen stets um sehr leichte Verstöße (namentlich unpünktliches Erscheinen zur Arbeit), die mit geringen Strafen (5 bis 25 Pf.) belegt werden“ (Marienthal), im Landespolizeibezirk Berlin wollen einzelne Unternehmer „überhaupt erst infolge der Einstellung von Arbeiterinnen zu einer nachträglichen Einfügung von Strafbestimmungen in die Arbeitsordnungen veranlaßt werden sein“.

### Solidarität.

Solidarität heißt gegenseitige Unterstützung, gegenseitige Hilfsbereitschaft. Was der einzelne nicht tun kann, das zu tun ist der Solidarität der Masse zu tun möglich. Alles, was Großes und Mächtiges war und noch ist, schuldet wir der Solidarität, dem Zusammenwirken vieler Individuen. Ein einzelner Mann wäre niemals in stande gewesen, die Kräfte der Natur zu beherrschen; er brauchte dazu die Mitwirkung seinesgleichen, der Solidarität.

### Für Mutter und Kind.

#### Der wißbegierige Junge.

Das nachstehende Gespräch ist nicht neu; es stammt aus dem Holländischen und ging vor Jahren durch die sozialdemokratische Presse. Aber seine Form ist so reizvoll, sein Sinn so gehaltreich — für Erzieher wie für Sozialdemokraten, am meisten für sozialistische Erzieher — daß man auch ein zweites Mal an ihm Freude und Gewinn haben wird; besonders wenn man ihm in einem Zusammenhange begegnet, in dem von Kinderfragen und fragenden Kindern die Rede ist.

Water, was sind das für Gebäude?  
Das ist eine Ziegelei, mein Junge.  
Wem gehört sie, Vater?  
Mir, Kind.  
Gehören alle die großen Haufen Ziegel Dir, Vater?  
Ja, jeder Stein ist mein Eigentum.  
Ach, wird es lange gedauert haben, bis man alle diese Steine formte. Hast Du sie allein gemacht?  
Nein, die Männer, die dort arbeiten, haben die Steine für mich gemacht.  
Gehören Dir auch die Männer?  
Nein, Junge, das sind freie Arbeiter! Niemand kann andere Menschen zum Eigentum haben, es sei denn, daß es Sklaven wären.  
Was ist denn ein Sklave, Vater?  
Ein Sklave, Junge, ist ein Mann, der sein ganzes Leben lang für einen anderen arbeiten muß und nur Nahrung und auch Kleidung dafür bekommt.  
Wenn ein Sklave krank wird, wer bezahlt dann den Arzt?  
Den bezahlt der Eigentümer, weil es zu seinem Schaden wäre, wenn der Sklave stürbe.  
Warum arbeiten denn die Männer so schwer? Macht es ihnen denn Vergnügen, so schwere Karren zu schieben?  
Ich glaube nicht, daß es ihnen Vergnügen macht, wenn sie es aber nicht tun, haben sie nichts zu essen.  
Sind die Männer reich, Vater?  
Nein, sie sind nicht reich.  
Haben sie auch Pferde und warme Kleider und gehen sie auch an die See, wenn es zu warm wird?

Nein, denn sie müssen viel arbeiten, um leben zu können. Wie meinst Du das, leben können?  
Nun, sie müssen arbeiten, um Geld zu verdienen für Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung.  
Haben es diese Menschen denn besser als Sklaven?  
Sicher, mein Junge, es sind freie Menschen, die nicht für mich zu arbeiten brauchen, wenn sie nicht wollen. Sie können davongehen, wenn es ihnen in den Sinn kommt.  
Und wenn sie davongehen, brauchen sie dann nicht mehr zu arbeiten?  
Ja, natürlich, dann müssen sie wieder bei einem anderen arbeiten.  
Und kriegen sie denn von dem anderen mehr als nötig ist, um leben zu können?  
Das glaube ich nicht.  
Wieso haben die Menschen es denn besser als Sklaven?  
Weil sie frei sind und einen eigenen Willen haben.  
Und wenn sie krank werden, mußt Du dann den Arzt bezahlen?  
Was geht mich ihre Krankheit an. Sie bezahlen selber den Arzt.  
Gibst Du ihnen etwas, wenn einer von ihnen Dich verläßt?  
Nicht das mindeste. Das einzige ist, daß ich dann einen anderen an seinen Platz stellen muß, und den kann ich bekommen, wenn ich immer will.  
Dann brauchst Du auch nicht so vorsichtig mit ihm umzugehen, wie wenn er Dein Sklave wäre?  
Nein, das ist auch so.  
Erzähl' mir eins, Vater; warum ist es besser für die Menschen, daß sie frei sind?  
Frage doch nicht so einfältig, Kind.  
Woraus werden die Steine gemacht, Vater?  
Aus Lehm, mein Kind.  
Hast Du den Lehm gemacht?  
Nein, das hat Gott getan.  
Hat Gott es für Dich getan?  
Nein, ich habe den Lehm gekauft.  
Von Gott?  
Nein, von einem Herrn.  
Hat der Herr ihn von Gott gekauft?  
Natürlich nicht; er wird ihn auch von einem anderen gekauft haben, denke ich.

Hat der erste Mann, von dem der Lehm gekauft wurde, ihn von Gott gekauft?  
Nein, das glaube ich nicht.  
Wie kam er aber in seinen Besitz?  
Ich denke, er hat ihn sich angeeignet!  
Und wenn nun die Arbeiter sich den Lehm aneigneten, so würde er wohl ihr Eigentum werden?  
Daß mich in Ruhe mit Deinen einfältigen Fragen!

Wenn Du nicht die ganze Ziegelei mit all den Gebäuden und Maschinen hättest, wie würdest Du dann leben können?  
Nun, dann würde ich eben arbeiten müssen.  
Auch Ziegeln formen?  
Wahrscheinlich.  
Wie würde es Dir gefallen, wenn Du nur Essen und Trinken für das Ziegelmachen kriegtest, und der Mann, der sich den Lehm angeeignet hat, alles andere erhielt?  
Ich würde nicht danach gefragt werden, wie es mir gefiele. Arme Menschen müssen nun einmal für andere arbeiten, um leben zu können.  
Wenn die Ziegelei den Männern gehörte, würden sie dann auch für Dich arbeiten?  
Wahrscheinlich nicht; ich denke, sie würden dann für sich selber arbeiten.  
Findest Du es nicht prächtig, daß der erste Herr sich den Lehm angeeignet und ihn an Dich verkauft hat?  
Wieso?  
Wenn der Herr es nicht getan hätte, dann hätte wahrscheinlich einer der Arbeiter den Lehm gekauft, und dann müßtest Du für ihn gegen Kost und Kleidung arbeiten.  
Darum müßt Ihr der Vorsehung dankbar sein für ihre Güte, daß sie Euch einen Vater gegeben hat, der, ohne zu arbeiten, für Euch sorgen kann.  
Vater, müssen die Jungen der Arbeiter auch der Vorsehung dankbar sein?  
Ja, gewiß!  
Warum, Vater?  
Weil ihre Väter Arbeit haben.  
Ist denn Arbeit eine Wohlthat?  
Gewiß, sie ist für die Menschen eine Wohlthat.  
Warum arbeitest Du denn nicht, Vater? Niemand kann Dir doch verbieten, Ziegel zu formen?  
Nein, aber ich will niemand seine Arbeit nehmen, Wenn

Der Philanthrop Peter Krapotkin hat die Solidarität als einen Hebel der Zivilisation bezeichnet. Er hat gezeigt, daß die Entwicklung zu höherer Zivilisation nicht möglich gewesen wäre ohne die Solidarität. Wir wollen hier nicht auseinanderlegen, unter welchen zahlreichen Formen die Solidarität sich im allgemeinen ausdrückt, sondern uns hier auf die Darstellung ihrer Anwendung im Gewerkschaftskampfe beschränken.

Die Gewerkschaftsorganisation ist eines der sprechendsten und wirksamsten Beispiele von dem Gedanken der Solidarität in Millionen von Köpfen. Der schwache Arbeiter hat begriffen, daß er seine Macht vervielfältigen kann, wenn er, um seine Interessen gegenüber dem krupelhaften Unternehmertum zu wahren, sich mit anderen Arbeitern vereinigt, um gemeinsam durchzusetzen, was ihm allein zu bewirken unmöglich war. Wo sich der Organisationsgedanke noch nicht durchgesetzt hat, da finden wir gewöhnlich, daß die Arbeiterklasse sich auf einem sehr tiefen Niveau befindet, weil ihr das Recht praktisch abgeht, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Hand in Hand damit geht geistige Korruption und moralischer Verfall. Viele Unternehmer, welche uns keineswegs sympatisch gesinnt sind, haben zugehört müssen, daß mit der Organisation, mit dem Erwachen der Solidarität ein ganz anderer Geist in den Fabriken plätagiert. Die alte Gewohnheit des Blaumachens ist geschwunden, der Verbrauch alkoholischer Getränke hat sich verringert, die Kraft, sich nach jeder Richtung hin geltend zu machen und bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzusprechen, hat bei dem Arbeiter sichtbar zugenommen, der Arbeiter hat gelernt, sich mehr als menschliches Wesen zu betrachten. Er trägt den Kopf höher, wird selbstbewußter, läßt sich nicht mehr stillschweigend auf die Füße treten, fordert bessere Existenzbedingungen. Der sittliche Einfluß der Organisation auf den Arbeiter hat einen hohen Grad erreicht und kann noch sehr gesteigert werden.

Um die Solidarität praktisch anwenden zu können, muß man begreifen, daß die persönlichen Interessen ein Teil der allgemeinen Interessen sind, und daß da, wo die ersteren anscheinend von letzteren zuwiderlaufen, die Einzelinteressen sich dem Gesamtinteresse oder den Gesamtinteressen unterordnen müssen.

Schon der Wille, die Solidarität praktisch zu üben, zeugt von einer höheren Auffassung des Lebens. Wer sich an einer gemeinsamen Aktion beteiligt, verzichtet auf die gewissenhafte Wahrnehmung seiner Eigeninteressen. Er überträgt einen Teil seiner Rechte auf die Gesamtheit und unterwirft sich ihren Entscheidungen, auch selbst dann, wenn sie ihm persönlich nicht angenehm sind. Das sieht man jeden Tag. Bei Abschluß von Arbeitsverträgen treten oft verschiedene Gesichtspunkte über das, was man fordern soll, zutage. Die Mehrheit entscheidet. Bei der Abfassung von Satzungen für die Organisation und in vielen anderen Fällen ist es ebenso. Die persönlichen Interessen müssen im Interesse der Allgemeinheit zurücktreten. Nach der demokratischen Methode ist es jedem gegeben, seine Ansichten darzulegen und zu versuchen, ihnen zum Siege zu verhelfen; gelangt einem das nicht, so ist man deshalb nicht unglücklich, denn der gemeinsame Wille ist für jeden Gesetz. Der Zweck der Solidarität ist die Zusammenfassung aller Kräfte für das Werk der Eroberung einer Position.

Unsere Gegner bemühen sich, zuweilen zu zeigen, daß die Freiheit der Aktion durch die Solidarität bei den Arbeitern eingeschränkt werde — bei sich sehen sie einen solchen Vorgang nicht. Auf den ersten Blick hat diese Behauptung einen Schein von Berechtigung. Prüft man sie aber näher, wird man gewahr, daß das nicht der Fall ist. Wenn ein Unternehmer erklärt, wer der Organisation angehöre, sei entlassen, so ist das eine Einmischung in eine Sache, die ihn gar nichts angeht, und er beeinträchtigt damit den Arbeiter in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte. Wenn ein Arbeiter sich weigert, seine Beiträge an die Organisation zu zahlen, ohne daß er vorher, dem Statut, das er vielleicht selber mit ausgearbeitet hat, Rechnung tragend, seine Abmeldung zu bewirken, die Organisation aber kategorisch die Beiträge

fordert, so beschränkt sie nicht seine Rechte, sondern fordert nur für die ihm bis zu seinem Austritt gewährten Rechte die ihr zustehende Gegenleistung. Wer diese Gegenleistung nicht bieten will, zeigt nur, daß ihm das Gefühl für die Solidarität fehlt, daß er diese nicht praktisch ausüben will. Es verriät aber nur die Wahrheit des Satzes: „Im ökonomischen Leben gibt es keine Moral“, wenn unsere Unternehmer und andere unserer „Freunde“ es für selbstverständlich halten, daß jeder nach Belieben die Arbeiterorganisation ausbeuten kann, ohne daß diese das Recht habe, sich dagegen zu wehren.

Wer der Organisation angehört, muß ihre Satzungen in allen ihren Teilen respektieren. Er hat auch dann nicht das Recht, sie zu durchbrechen, wenn er daraus einen persönlichen Nutzen ziehen könnte. Nur völlige und strenge Organisations-treue aller führt zu einem höheren Niveau.

Die Solidarität darf sich nicht allein im Kampf gegen das Unternehmertum äußern, sie darf nicht nach Beendigung des Kampfes erschöpft sein, wenn die Gefahr vorüber ist, sondern muß sich bei jeder Gelegenheit zeigen, die die Arbeiter gemeinsam betrifft, besonders in einem und demselben Betriebe. Es kommt von Zeit zu Zeit vor, daß die Kollegen in einem Betriebe für einen vom Schicksal besonders arg verfolgten Kollegen sammeln oder ihn sonstwie unterstützen. Doch das genügt nicht. Wir sind nicht allein Kameraden in schweren Stunden, sondern täglich, stündlich. Unsere Solidarität enthält eine höhere Moral, unsere Zwecke müssen zum Glück der ganzen Menschheit führen. Was also ist logischer, als daß wir unsere Kampfgenossen, die Schulter an Schulter mit uns kämpfen für denselben Ideal, mit anderen Augen ansehen, als die Mitglieder irgendwelchen Klubs. Eine große Idee vereinigt uns und wir sind bereit, für sie Opfer zu bringen; laßt uns also Brüder sein! Manchmal scheint das nicht leicht zu sein und man hat einen schweren Kampf mit der Eiferjucht und dem Hochmut zu bestehen. Das Unternehmertum weiß durch raffinierte Arbeits- und Antreibungsmethoden, durch verschiedenartige Behandlung (Zuckerbrot und Peitsche) künstlich Gegenläufe unter den Arbeitern zu schaffen, welche letztere dann leicht die Bande der Solidarität zerreißt. An Stelle der Vereinigung herrscht dann die Unzufriedenheit, die eine gemeinsame Heilsarbeit unmöglich macht, und man staunt manchmal darüber, aus welchen nichtsagenden Gründen heraus die Arbeiter sich gegenseitig das Leben verbittern, während der Unternehmer sich selbstgefällig in den Bart schmunzelt. Das soll, darf nicht sein. Die Arbeiter-solidarität muß dazu führen, daß stets die Arbeiter die Sache n den sind. Und sie können es sein, wenn sie stets und ständig im höchsten Maße solidarisch handeln.

### Frauenarbeit und Gewerkschaftsbewegung.

Unter diesem Titel finden wir in der „Konjunktur“, Wochenschrift für Kapital und Arbeit, Seit 35, einen Artikel, den wir für so beachtlich halten, daß wir ihn wörtlich übernehmen wollen. Ist es doch überaus wichtig für uns, in einem Blatte, das unserer Ansicht nach die Sache des Kapitals oft viel nachdrücklicher vertrat als die der Arbeit und als uns lieb war, dem Zugeständnis zu begeben, daß die Frauenarbeit die Arbeitslöhne herabdrückt und weiter, daß, um diesem Uebel entgegenwirken zu können, die arbeitenden Frauen gleich den Männern organisiert werden müssen. Viele von solcher Seite kommende Mahnung an die Männer, die Frauen den Gewerkschaften restlos zuzuführen, wird ihre Wirkung auf die Männer hoffentlich nicht verfehlen, hoffentlich aber auch die Frauen veranlassen, den Werbungen der Männer um ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften in höherem Maße als bisher nachzugeben und sich der Gewerkschaft, die für ihren Erwerbszweig in Betracht kommt, ohne Verzug anzuschließen. In dieser Hoffnung geben wir den Artikel in nachstehendem wieder:

Bei den deutschen Arbeitsnachweisen, für die eine fortlaufende Berichterstattung vorliegt, meldeten sich im Jahre

1913 insgesamt 1 053 000 arbeitssuchende Frauen und Mädchen. Im Jahre 1904 betrug das Angebot weiblicher Arbeitskräfte nur 392 700. Gleichzeitig ist die Zahl offener Stellen für Arbeiterinnen aller Berufe von 495 700 auf 1 017 000 gestiegen. Diese Ziffern zeigen uns, in welchem Tempo die Konkurrenz der weiblichen Arbeitskraft in Deutschland im letzten Jahrzehnt zugenommen hat und in welchem Umfange die Unternehmer von der Gelegenheit, billigere Arbeitskräfte einzustellen, Gebrauch gemacht haben. Daß die Arbeitsleistung der Frau immer schlechter bezahlt wird als diejenige des Mannes, selbst wenn sie dieser völlig gleichwertig ist, bedarf gar keines besonderen Nachweises. Dieser Modus hat sich so fest und so allgemein eingebürgert, daß wir mit ihm wie mit einer konstanten Größe rechnen müssen. Überall da, wo die billigere Frauenarbeit als Konkurrenz auftritt, setzt sofort auch eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für männliche Personen und oft auch eine ungünstige Entwicklung der Lohnverhältnisse ein. Es unterliegt also gar keinem Zweifel, daß die Frauenfrage eines der wichtigsten Probleme der modernen Arbeiterbewegung ist. In erster Linie wird es sich hierbei um die Stellung der Arbeiterinnen zu den gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen handeln.

Im neuesten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung wird festgestellt, daß die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in Deutschland im Jahre 1912: 216 462 oder 8,6 Proz. betragen habe. Hieraus ergibt sich, daß die Frauen dem Organisationsgedanken noch recht teilnahmslos, vielleicht sogar ablehnend gegenüberstehen. Das bedeutet naturgemäß eine erhebliche Erschwerung einer Lösung der Frauenfrage im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung. Man hat in Gewerkschaftskreisen die Frauenfrage vorwiegend von allgemeinen ethischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet. Heute sieht man sich zu einer Stellungnahme genötigt, die der Abwehr einer unliebsamen Schleuderkonkurrenz gleichkommt. Es ist nicht mehr damit abgetan, daß man warm empfundene Reden über Mutterchutz, Wöchnerinnenfürsorge und dergleichen Dinge hält, die Konkurrenz der Frauenarbeit bedroht die wirtschaftliche Existenz des einzelnen männlichen Arbeiters wie auch seine gewerkschaftliche Organisation, deren mühsam errungene Erfolge sie in manchen Gewerben im Nu zunichte machen kann! Der Wettbewerb der Frau am Arbeitsmarkte bedeutet eine schwere Gefährdung des noch im ersten Entwicklungsstadium befindlichen Tarifvertrages und einen Genussschutz für jede auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtete Bewegung. In einigen Branchen ist die Gefahr besonders groß, so vor allem bei den Buchbindern, Textilarbeitern, im Bekleidungs-gewerbe und sogar in einigen Zweigen der Metallverarbeitung. Beispielsweise sei nur erwähnt, daß ein großer Berliner Zeitungsverlag, der eine populäre Sammlung von Romanen usw. zum Preise von 1 Mk. pro Band herausgibt, diese Bücher in England in solchen Betrieben herstellen läßt, die vorwiegend Frauen beschäftigen und keine tarifmäßigen Löhne zahlen. Hieraus ergibt sich übrigens, daß die Arbeiterinnenfrage in vielen Fällen ein Problem von internationalem Charakter ist, was die Lösung wiederum wesentlich erschwert. Die wichtigste Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen wird zunächst in einer eifrigen Aufklärungs- und Werbearbeit unter den Arbeiterinnen bestehen. Wer die Sachlage aber einigermaßen kennt, weiß, mit welchen enormen Schwierigkeiten hierbei zu rechnen ist. Die Gleichgültigkeit gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist bei den Arbeiterinnen viel größer als bei den Arbeitern. Außerdem betrachtet die große Masse derselben ihre Berufstätigkeit als ein Uebergangsstadium, sie hoffen, daß sie über kurz oder lang eine Ehe eingehen können und damit der Notwendigkeit selbständigen Broterwerbs entzogen sind. Eine Hoffnung, die sich nur selten verwirklicht. Denn meistens muß die Arbeiterin nach ihrer Verheiratung die Kosten ihrer Lebenshaltung aus eigenem Verdienst bestreiten und auch teilweise noch für die Kinder sorgen. Trotzdem hält sich aber die Mehrzahl der Arbeiterinnen den gewerkschaftlichen Organisationen fern, da sie jedenfalls annehmen, daß sie für ihre Aufwen-

arbeiten ginge, müßte natürlich ein anderer Mann seine Entlassung kriegen, weil dann für ihn keine Arbeit mehr wäre.

Das ist lieb von Dir, Vater. Denkst Du, daß der Mann böse sein würde, wenn Du an seiner Stelle die schwere Karre fortschieben würdest?

O heilige Einfalt, Herren schieben niemals Karren.

Was sind denn Herren?

Nun, Herren sind die Menschen, die nicht zu arbeiten brauchen, die höher stehen.

Ich glaubte, daß es in unserem Lande keine Höherstehenden gäbe. Ich hörte jemand sagen, daß alle Menschen gleich sind.

Wer das sagte, war gewiß ein Sozialist.

Sage, Vater, ist die Lehrerin der Sonntagschule denn ein Sozialist? Sie sagte, daß wir alle Gottes Kinder wären.

Ja, das lehrt man in den Kirchen und in den Sonntagschulen.

Aber, Vater, nun sage mir eins ehrlich: sind die Arbeiter ebenso Gottes Kinder wie wir?

Gewiß, Junge, sind sie das.

Vater, weißt Du noch, daß Du einmal einen Beutel Marmor für mich und Harry mitbrachtest und daß ich alle die Marmor nahm, auch Harry seine, um damit zu spielen, und daß ich sie ihm nicht geben wollte, bevor er mir seinen neuen Blumentopf gebe? Du sagtest dann, daß ich ein unartiger Junge wäre und ich kriegte Schläge von Dir.

Ja, das weiß ich noch.

War es recht, mich zu schlagen?

Sicher war es recht. Eltern haben das Recht, ihre Kinder zu strafen, um zu verhüten, daß sie schlecht werden. Die Marmor brachte ich für Euch beide mit. Harry hatte darauf ebensoviel Anrecht wie Du.

Vater, wenn die Arbeiter so gut Gottes Kinder sind wie Du, so bist Du ja ihr Bruder und sie sind Deine Brüder. Und wenn Du sie zwingst, Dir beinahe alle Steine zu geben, und Du so einen Gebrauch von dem Lehm machst, den Du nicht gemacht hast und der Dir nicht zusteht, ist das nicht dasselbe, was ich mit Harry tat? Er sollte mir seinen neuen Blumentopf geben, wofür ich ihn mit den Marmeln spielen lassen wollte.

Ah, Junge, stelle doch nicht solche dumme Fragen.

Sag' Vater, ist Dir nicht angst, daß Gott Dich auch un-

artig finden und Dich strafen könnte, weil Du allen Lehm, alle Pferde, alle Gebäude, alle Maschinen allein behalten willst?

Es ist aber rein zum Auswachsen mit Deinen Fragen. — Marie, bring' den Jungen zu Bett. Er kann einen Menschen noch verrückt machen mit seinem Gepappel. —

### Umgang mit Kindern.

Beantworte die Fragen der Kinder! Wenn du heim wandern in eine fremde Gegend kommst, den Weg verliert und in der Irre gehst — wie dankbar und froh bist du dann, Menschen zu treffen, die auf dein Fragen bereitwillig wohlgemeinte und richtige Antwort geben. Dein Kind steht auch, einem rat- und pfadlosen Wanderer gleich, in einer großen, ihm noch unbekanntem Welt. Zaghaft und staunend fragt und tastet es sich vorwärts. Du bist nicht der erste beste, an den es sich um Auskunft wendet. Von dir hat es Speise und Trank, Wartung und Pflege empfangen all die Jahre, hat deine leitende Hand gefühlt und deine Liebe gespürt, — nun sagt ihm der sichere Instinkt seines inneren Wesens, daß du auch sein guter Berater und Pfadweiser sein wirst. Enttäusche die Erwartungen des kleinen irrenden Wanderers nicht! Sei nicht mürrisch und unwirsch, wenn er dich zu un rechter Zeit befragt — er weiß nicht, daß es noch andere, wichtigere Dinge in Menschenköpfen gibt; werde nicht nervös, wenn sein Fragen und Forderungen gar kein Ende nehmen will, ach, er hat ja so viel zu erfragen und zu lernen, was soll er anfangen mit seiner winzigen Handvoll Erfahrungen in dieser großen Welt. Speise ihn auch nicht ab mit kurzem Ja und Nein, noch weniger verbiete ihm den Mund und zwinge ihn, das Fragen einzustellen. Du würdest dein erzieherisches Amt schon vernachlässigen und mißbrauchen, denn es ist nicht dein guter Wille und eine Gnade, dem Kinde zu antworten, es ist deine erzieherische Pflicht. Sie mag oft schwer zu erfüllen sein, viel Geduld, Takt und Spannkraft erfordern — aber du wirst dafür belohnt, reichlich belohnt durch das Vertrauen, das dir aus dem Herzen des Kindes entgegenwächst. Wem könnte ein lachendes, ratloses, weltfremdes Menschenkind größeres Vertrauen schenken als dem, der ihm allzeit ein sicherer und treuer Berater und Führer war. Es wird dir sein Vertrauen auch später bewahren und deinen Rat, deine Hilfe in Fällen erbitten, in denen du nichts sehnlicher wünschst, als daß du gehört werden möchtest. Und das wird für beide ein rechter Gewinn und eine schöne Beglückung sein.

### Fachgewerbliche Rundschau.

#### Was geht in der Textilindustrie vor?

Londoner Wollversteigerungen. Die vierte Serie der Londoner Versteigerungen soll am Dienstag, 7. Juli, eröffnet und die Zufuhrenliste am 29. Juni geschlossen werden. Angenommen, daß die Nettoneuzufuhren 160 000 Ballen erreichen, so wird das verfügbare Gesamtquantum, einschließlich alter Bestände, ungefähr 165 000 Ballen betragen. Die verbleibenden Serien des Jahres sollen wie folgt eröffnet werden: 5. Serie, 29. September. Schluß der Liste am 21. September. 6. Serie, 24. November. Schluß der Liste am 16. November.

Die Rohstoffzufuhr der Textilindustrie Deutschlands im April der beiden letzten Jahre.

Warengattung	Einfuhr		Ausfuhr	
	Monat	April	Monat	April
	1914	1913	1914	1913
Baumwolle . . . . .	508 276	305 180	51 363	44 514
Flachs, gebrochen, ge-	62 192	41 885	10 857	15 483
schwungen usw. . . . .				
Hanf, roh, gebrochen, ge-	30 372	31 447	7 305	5 170
schwungen usw. . . . .				
Wute und Zuteberg . . . .	178 448	149 595	6 039	2 605
Merinowolle im Schweiße .	136 564	169 422	3 552	6 962
Kreuzschurwolle i. Schweiße	117 624	119 395	967	1 926

Lohnbrückeri in der Stickerindustrie Vlaens. Um ihre Maschinen nicht stillstehen zu lassen, nehmen viele Lohnsticker von Fabrikanten Aufträge zu jedem Preise an. Zwar ist schon öfters dagegen gewekelt worden, doch bleibt der Uebelstand bestehen. Wir entnehmen der letzten Fachzeitschrift der Lohnsticker eine vom Vereinsvorsitzenden der Deffentlichkeit übermittelte Notiz, die deutlich beweist, wie einzelne Lohnsticker den Fabrikanten Waren herstellen und dabei noch ihr bares Geld darauf legen.

Von einem Mitglied wird uns der Lieferchein Nr. 2055 vom 8. 5. 14 der Firma Moritz Kellermann, Falkenstein, sowie die fertige Stickeri (kunstseidene Tüllplains) zur Nachprüfung vorgelegt. Es wurde folgendes Ergebnis festgestellt: Laut Lieferchein ist die Schablone Nr. 7110 mit 2810 Stichen 23mal zu sticken, zu dem angegebenen Lohn von 80 Pf. pro Wagen inkl. Seide = 103,40 Mk.

Nachdem die beiden Spannungen fertig waren, wog der Maschinenbesitzer dieselben und mußte zu seinem Erstaunen wahrnehmen, daß er allein für 121,35 Mk. Seide verstaft

dungen kein rechtes Äquivalent haben werden. Es fehlt vielfach an der nötigen Klarheit über die ganze wirtschaftliche Seite ihres Daseins.

Auch innerhalb der Organisation bereiten die Arbeiterinnen fortgesetzt große Schwierigkeiten. Der moderne wirtschaftliche Kampf erfordert feines Abwägen, strenge Sachlichkeit. Ein Gefühls- oder Verärgerungsstreik ist von vornherein halb verloren. Eine erfolgreiche Lohnbewegung muß unter allen Umständen unter erheblichen Entbehrungen mit Zähigkeit und Ausdauer durchgeführt werden. Hierfür fehlen aber bei dem Gros der Arbeiterinnen wie der Frauen überhaupt die notwendigsten Voraussetzungen. Vor allem aber mangelt es fast allgemein an jener Disziplin, der die deutschen Gewerkschaften ihre besten Erfolge verdanken.

Trotz all dieser Schwierigkeiten dürfen die Gewerkschaften die Organisation der Arbeiterinnen nicht als aussichtslos betrachten und vernachlässigen. Dazu ist denn die Gefahr, die der gesamten Gewerkschaftsbewegung von dieser Seite droht, viel zu groß. Neben der Aufklärungs- und Werbearbeit kommt noch die indirekte Beeinflussung der Konkurrenz der Frauenarbeit im Wege der Gesetzgebung in Betracht. Es könnte sich nur darum handeln, daß die Frau hinsichtlich ihrer rechtlichen und sozialen Pflichten dem Manne völlig gleichgestellt würde, um dem billigeren Angebot der weiblichen Arbeitskraft auf diese Weise entgegenzuwirken. Dies würde aber logischerweise dazu führen, daß man der Frau Lasten auferlegt, die ein Äquivalent für die Erfüllung der Wehrpflicht usw. seitens der Männer bilden. Die Tatsache, daß die Frau ihre Arbeitskraft billiger anbieten kann als der Mann, ist nicht zuletzt darin begründet, daß unsere ganze Rechts- und Gesellschaftsordnung ihr einen besonderen Schutz und allerlei Erleichterungen gewährt. Mit dieser Konstatierung soll nicht etwa einer unsozialen Gesetzgebung das Wort geredet werden. Es ist aber notwendig, einmal auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Die rechtliche und soziale Privilegierung verdammt die Frau ihrer Rolle als Mutter und Gattin. Die Gründe dieser Ausnahmebehandlung entfallen aber, sobald die Frau sich ihrer natürlichen Bestimmung entzieht und als Konkurrentin des Mannes im Daseinskampf auftritt. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es deshalb, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Frau ihrem natürlichen Berufe wieder zugeführt wird. Hierzu gehört allerdings, daß die Löhne der männlichen Arbeitskräfte sich auf einem Niveau halten, bei dem ihnen die selbständige Ernährung einer Familie möglich ist. Letzten Endes ist ja die wirtschaftliche Notlage der Antriebs zur Konkurrenz der weiblichen Arbeitskraft.

### Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

#### a) Die Krankenversicherung.

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiterversicherung eine Reihe von Änderungen gebracht, die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse mit denen früherer Jahre schon wesentlich beeinflussen. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind die eingeschriebenen Hilfskassen und die Landesrechtlichen Hilfskassen ausgeschieden, da sie fortan, soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den Zwangskassen zugeführt sind, als kleine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit der Privatversicherung gezählt werden.

Durch diesen Ausfall der Hilfskassen aus der Statistik hat sich die Gesamtzahl der Kassen stark vermindert. Während 1911 23 109 Kassen gezählt wurden, bestanden 1912 nur 21 659, ihre Zahl ging also um 1450 zurück. Davon kommen 1356 auf die früheren Hilfskassen und der Rest verteilt sich auf die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen. Der Rückgang derselben wurde veranlaßt durch Zusammenlegung kleinerer Kassen zu größeren Gebilden. Nur die leistungsfähigen Innungskassen blieben von dieser zeitgemäßen Konzentrationstendenz verschont. Ein Zeichen für

den reaktionären Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung beherrscht.

Der Rückgang der Kassen ist nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Kassenmitglieder geblieben; diese ist um 401 343, von 13 619 048 auf 13 217 705 gesunken. Auch hier trägt den Hauptteil der Schuld an dem Verlust das Ausschneiden der Hilfskassen, die allein 987 266 Mitglieder zählten und von denen sicherlich nicht alle den Zwangskassen zugeführt werden konnten. Von den einzelnen Kassenarten haben nur die Baukrankenkassen eine Verminderung der Mitgliederzahl erfahren (von 17 056 auf 13 103), während die übrigen, infolge der Ueberführung eines Teils der Hilfskassenmitglieder, einigen Zuwachs erhielten, so die Gemeindeversicherung 24 907, die Ortskrankenkassen 340 128, die Betriebskrankenkassen 272 750 und die Innungskrankenkassen 25 091. Die Zusammenlegung der Kassen hat eine geringe Erhöhung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 589 auf 610 im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrankenkassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1602 und bei den Betriebskrankenkassen von 428 auf 455. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fortgesetzt im Wachsen begriffen. Auf je 100 männliche Mitglieder kommen bei allen Kassenarten im Jahre 1911: 39,2, 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krankenkassen nach ihren Leistungen, so macht sich durch die Ausschaltung der Hilfskassen ein erheblicher Rückgang der jahungsgemäßen Unterstützungsdauer bemerkbar. Die Zahl der Kassen, die länger als 26 Wochen Krankenunterstützung gewährten, ist von 760 (1911) auf 642 (1912) zurückgegangen. Bei den Ortskrankenkassen stieg ihre Zahl von 123 auf 132, bei den Innungskassen blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Betriebskrankenkassen sank sie von 501 auf 496, während die Gemeindeversicherung und die Baukrankenkassen nicht länger als 26 Wochen unterstützen. Zur Erhöhung der Kassenleistungen hat also die Neuordnung wenig beigetragen.

Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hinsichtlich der Krankengeldhöhe, da im Jahre 1911 12,5 Proz. aller Kassen mehr als 50 Proz. des Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912 dagegen dieser Anteil auf 12,8 Proz. stieg. Bei den Betriebskrankenkassen stieg dieser Anteil auf 21,4 Proz., bei der Gemeindeversicherung ging er auf 0,2 Proz. zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederziffern hat sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle eingestellt, die von 5 772 388 auf 5 633 956, also um rund 138 432 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine wirkliche Verminderung der Erkrankungsgefahr handelt, beweisen die Verhältnisziffern, denn auf 100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,6 Erkrankungsfälle und 845 bzw. 849 Krankheitstage. Die Gesamtzahl der Krankheitstage beträgt 112 249 064 (1911: 115 128 905).

Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Sterbefälle (1911: 88 827, 1912: 82 894), und zwar ist hier der Rückgang auch ein relativer, da auf je 100 Mitglieder 1911: 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbefälle entfielen. Hierbei sind indes die Sterbefälle in der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese seither keine Sterbeunterstützung gewährte.

Die Durchschnittsdauer eines Erkrankungsfalles mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig geändert; sie betrug wie im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männlichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf 18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage stehen.

Trotz des absoluten Rückganges der Erkrankungsfälle und Krankheitstage sind die Gesamtausgaben der Krankenkassen von 469 087 205 Mk. auf 481 392 169 Mk. oder von 34,44 auf 36,42 Mk. pro Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Hauptsache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel und Heilanstaltskosten verursacht, die um 5,6 Millionen Mark stiegen, während die Ausgaben für Krankengeld sogar um 2,2 Millionen Mark zurückgingen. So stiegen die Kosten der ärztlichen Behandlung von 83 754 224 Mk. auf 85 633 295 Mk. oder von 6,15 Mark auf 6,48 Mk. pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei und Heilmittel von 53 171 234 Mk. auf 54 706 040

Mark oder von 3,90 Mk. auf 4,14 Mk. pro Mitglied und die Ausgaben für Heilanstaltsverpflegung von 51 357 861 Mk. auf 53 553 500 Mk. oder von 3,77 Mk. auf 4,05 Mk. pro Mitglied. Für diese Heilbehandlung mußten die Krankenkassen pro Mitglied 0,87 Mk. mehr aufwenden als im Vorjahre. Für Krankengeld wurden dagegen 150 398 441 Mk. (11,38 Mk. pro Mitglied) gegen 153 582 976 Mk. im Jahre 1911 verausgabt. Seit dem Jahre 1885 sind die Ausgaben für Arzt, Arzneien, Heilanstalts- und Refonvalejzentenpflege von 4,77 Mk. auf 14,70 Mk. oder um 208 Proz., die Ausgaben für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung von 6,22 Mk. auf 12,53 Mk. oder um 101 Proz. gestiegen. Die Ärzte und Apotheker sind also bei dieser Entwicklung der Arbeiterversicherung wirklich nicht zu kurz gekommen, denn schon übersteigen die Ausgaben für Heilbehandlung diejenigen für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbegeld ganz erheblich, und bald werden die Krankenkassen in der Sorge für Ärzte und Apotheker so völlig aufgehen, daß für das wirtschaftliche Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar bleiben. Dann wird man mit größerem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist. Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung erstrecken sich erst auf das Jahr 1911. Es bestanden 159 (im Vorjahr 166) Kassen mit 899 716 (885 598) Mitgliedern. Es wurden 535 621 Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug und 9 243 556 Krankengeldtagen gemeldet, so daß auf jedes Mitglied durchschnittlich 0,6 Krankheitsfälle mit 10,3 Krankengeldtagen entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgabten für Krankheitskosten 38 028 230 Mk. (pro Kopf 42,26 Mk.), wovon 5 375 685 Mark für ärztliche Behandlung und 4 356 061 Mk. für Heilmittel (zusammen 10,81 Mk. für Heilbehandlung pro Mitglied) und 18 315 109 Mk. für Krankengelder (pro Mitglied 20,36 Mk.) daraufgingen.

Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen sich auf 43,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 40,0 Millionen Mark, die Vermögensbestände auf 25,26 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Deutschen Reiche betrug etwa 14,1 Millionen.

### Streit um die Invalidenkarte.

Von den Arbeitgebern wird die Invalidenkarte nicht nur als Legitimationspapier betrachtet, sondern ein Teil der Unternehmerverbände benützt die Karte auch als sogenannte „schwarze Liste“. Die durch eine solche Karte gekennzeichneten Arbeiter gehen von Fabrik zu Fabrik und gewinnen durch das Benehmen der Unternehmer und Betriebsleiter sehr bald die Ueberzeugung, die Invalidenkarte müsse ein geheimes Merkmal haben. Eine solche Kennzeichnung der Karten verstößt gegen den § 1424 der Reichsversicherungsordnung. Nach diesem Paragraphen darf eine Invalidenkarte keine besonderen Merkmale erhalten; vor allem darf aus ihr nichts über Führung und Leistung des Inhabers zu entnehmen sein. Nun sind allerdings die Unternehmer nicht so unvorsichtig, die Merkmale für jeden wahrnehmbar darzustellen, denn wer Quittungsfarten mit besonderen Merkmalen versieht, um den Inhaber der Karte Arbeitgebern gegenüber kenntlich zu machen, wird nach § 1495 der Reichsversicherungsordnung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. bestraft.

Wenn Arbeiter bei einer Firma tätig sind, deren Inhaber gewissenlos genug ist, diese geheime Maßregelung mitzumachen, so mögen sie den § 1415 der Reichsversicherungsordnung beachten:

„Der Versicherte kann auf seine Kosten stets eine neue Karte gegen Rückgabe der alten verlangen.“

Wer in Preußen eine neue Karte auf Grund des § 1415 ausgestellt verlangt, hat für die Karte 5 Pf. zu zahlen, wenn nicht für mindestens 30 Wochen Beitragsmarken verwendet sind. Die 5 Pf. wird der Arbeiter gern zahlen, wenn er da-

hatte, und zwar 8,090 Kilo schwarz zu nur 15 Mk. gerechnet. Auch den Stücklohn hat er nur zu 25 Pf. pro Wagen berechnet. Dies ergibt bei 64 630 Stücken 32,31 Mk.

Die Auslagen des Maschinenbesizers betragen demnach 153,66 Mk., es ergibt sich daher ein direkter Verlust von 50,26 Mark auf diese eine Aufgabe.

Die Firma wurde von dem Maschinenbesizer aufmerksam gemacht, auch verlangte er keine Auslagen von 153,66 Mk. für diese Aufgabe bezahlt, was von der Firma abgelehnt wurde mit der Bemerkung, daß noch 40 Stücker solche Sachen arbeiten und sich noch keiner darüber beschwert hätte, daß mit dem Lohn von 80 Pf. nicht auszukommen sei.

Scheinbar wird es zum Prozeß kommen. Man sieht aber von neuem, daß die Mahnung, zu wippen und zu kalkulieren, immer und immer wieder angebracht ist.

**Verringerter Ertrag des Baumwollbaues in Logo.** Der Ertrag des Baumwollbaues in Logo im Jahre 1913 ist mit rund 2009 Normalballen (= 502 338 Kilogramm) um 185 Ballen gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Als Grund des Rückganges betrachtet das Amtsblatt für Logo ausschließlich die große Dürre des Jahres 1912, die auch die Delgewinnung empfindlich schädigte. Außer der Baumwolle im Anechobesirk, wo mehrjährige Kultur der Baumwolle gebräuchlich ist und eine unvorteilhafte Sorte gebaut wird, hat sich die Beschaffenheit der Baumwolle gebessert. Immerhin werden die Nachteile der Vermischung der guten Baumwolle mit minderwertiger und beschmutzter erst durch die Einführung der Baumwollordnung und damit des Aufkaufs nach zwei Qualitäten ausgegert werden können.

**Der letzte breite Handwebstuhl in Krimmitschau** ist kürzlich außer Betrieb genommen und ist vom Besitzer, Herrn Tuchmachermeister Michael Walthers, Krimmitschau, der Web- und Appreturschule schenkungsweise überlassen worden. Dieser letzte Handwebstuhl, der den Aufstieg der Tuchmacherei vom Handwerk und von der Heimarbeit zur Großindustrie mit erlebt und so lange Zeit überstanden hat, wird zum Stadtrechtsfest in der Ausstellung vom alten Besitzer in Betrieb gebracht werden; der Webstuhl wird einen interessanten Ausstellungsgegenstand der alten Tuchmachertube bilden.

**Wie stehts um die diesjährige Seidenernte?** Nach den neuesten Telegrammen wird voraussichtlich die Ernte in Frankreich vorzüglich, in Italien gut, in Japan reichlich, dagegen in China bezüglich Menge gering und in Qualität minderwertig ausfallen. Gevenner Seiden dürften also be-

sonders vorteilhaft werden und italienische im Preise einstellweilen stehen bleiben, wenn auch die Kokons bis jetzt im Verhältnis zum heutigen Stand der Preise für fertige Seiden höher bezahlt worden sind. In China ist, wie bereits erwähnt, die erste Ernte kleiner ausgefallen, nur 4000 Ballen (gegen 6—7000 Ballen normal), da aber in Canton noch mehrere Ernten stattfinden, so ist es möglich, daß spätere reichliche Erträge das bisherige Minderergebnis ausgleichen.

**Autobauversuche einer Kalkuttaer Zutespinnerei in Britisch-Indien.** Der Handelsfachverständige beim Kaiserl. deutschen Generalkonsulat in Kalkutta teilt mit: „Die Firma Birkmyre Proj. in Kalkutta, die eine der bedeutendsten Zutespinnereien und -webereien des Kalkuttaer Bezirks besitzt, hat während der letzten Monate große Ländereien (30 000 Acres = 12 140 Hektar) im Kamrupdistrikt in Assam von der Regierung gepachtet, um hier für den eigenen Bedarf Zute anzupflanzen und so den Versuch zu machen, sich von dem Markt unabhängig zu machen. Ein ähnlicher Versuch soll schon einmal vor ungefähr 10 bis 15 Jahren von einer Kalkuttaer Firma unternommen worden sein, der jedoch fehlgeschlug.“

Die heutigen Verhältnisse liegen vielleicht anders, und geben besonders die gegenwärtig herrschenden hohen Preise der Rohzute den Fabriken einen besonderen Reiz, Zute für eigene Rechnung anzubauen, um sich auf diese Weise von den Preistreibern des Marktes unabhängig zu machen. Ob aber eigene Pflanzungen sich rentieren, wenn der Preis auf das Niveau früherer Jahre zurückgehen sollte, ist eine Frage, die sich nicht so leicht beantworten lassen dürfte.“

**Der internationale Flachsspinnereitag**, welcher dieses Jahr in Wien stattfindet, beginnt seine für drei Tage anberaumte Tagung am 15. Juni im Wiener Industriehaus unter dem Vorsitz des Präsidenten des Vereins der Flachsspinner Oesterreichs, Herrn Kommerzienrats Alexander Bideky. Die Arbeiten des Internationalen Verbandes der Flach- und Werggarnspinner haben sich bisher in der Hauptsache auf die Schaffung eingehender statistischer Aufstellungen, auf Rohmaterialfragen und die Organisation des Flachshandels erstreckt. Für den Wiener Kongreß, zu dem zahlreiche Teilnehmer aus Belgien, England, Frankreich, Deutschland und Rußland angemeldet sind, liegt ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm vor.

**Internationale Vereinbarungen in der Leinenindustrie.** Es soll demnächst eine internationale Konferenz der Leinenindustriellen stattfinden, um gemeinsame Maßregeln zur

Gebung der Branche zu treffen. Als wichtigster Beratungsgegenstand dieser Konferenz dürfte der Vorschlag, eine internationale Betriebsbeschränkung in der Leinenindustrie herbeizuführen, zu nennen sein.

**Französische Flach- und Sauferte 1913.** Nach amtlicher Ermittlung stellt sich in Frankreich für 1913 die geerntete Menge an trockenem rohen Flachstroh bei einer Anbaufläche von 28 632 Hektar auf 925 489 Doppelzentner und die Ernte an Hanfstroh bei einer Anbaufläche von 19 466 Hektar auf 495 504 Doppelzentner. Nach dem Durchschnitt der Jahre 1902 bis 1911 waren die Anbauflächen für Flach 25 097 Hektar und für Hanf 17 963 Hektar. Die jetzigen Zahlen sind etwas höher; aber es scheint eine weitere Steigerung mit Rücksicht auf die unsicheren Preisverhältnisse kaum vereinbar zu sein. Die Regierung hat den Anbauern von Flach und Hanf die gleiche Prämie wie im Jahre 1912 (60 Fr. für den Hektar) gewährt.

**Madeirastickerei.** Nach dem Gutachten der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin ist unter Madeirastickerei nicht eine Stickerei zu verstehen, die auf der Insel Madeira hergestellt ist; vielmehr bezeichnet der Ausdruck nur eine besonders feine Arbeit, wie sie zuerst auf der genannten Insel angefertigt wurde. Der Ausdruck darf aber nur für Handstickerei verwendet werden; die bestehende Tendenz, die Bezeichnung auch für Maschinenstickerei zu verwenden, ist nicht anerkannt worden. Diese letzte Stickerei wird zurzeit im Verkehr noch „als Maschinenstickerei nach Madeira-Art“ bezeichnet. Dazu wird noch bemerkt, daß manche Gewerbetreibende, die besonders vorsichtig sind, die in Madeira selbst hergestellte Stickerei von der anderswo gefertigten Handstickerei unterscheiden. Sie bezeichnen die erste als „echte Madeira-Stickerei“, oder wählen für die nicht in Madeira gefertigte Arbeit die Bezeichnung „Genre Madeira“.

**Ein Niefentrust in der russischen Textilindustrie.** Nachdem sich unlängst die drei bekannten Moskauer Kattunfabriken Gubner, Konchin und die Danilowsker Manufactur, welche ein Kapital von 15 Millionen Rubel darstellen, vereinigt haben, steht der Anschluß der übrigen Moskauer Kattunfabriken, welche zum mindesten mit dem gleichen Kapital arbeiten, an diese Vereinigung bevor. Der Kattuntrust wird dann ungefähr 50 000 Arbeiter beschäftigen und 20 Millionen Stück Ware herstellen. Es verlautet schon jetzt, daß man das Hauptaugenmerk der Ausfuhr der Erzeugnisse zuwenden wird.

durch die ihm verdächtig erscheinende alte Karte los wird. Sehr häufig werden die Arbeiter nicht eingestellt, weil auf der Karte zuviel Krankheitswochen verzeichnet sind. Auch da kann der Versicherte sich eine neue Karte holen. Sehr verbreitet ist die Ansicht, daß ein Arbeiter ohne Karte nicht eingestellt werden darf. Eine solche Bestimmung gibt es nicht. Hat aber der Arbeitgeber einen Arbeiter ohne Karte eingestellt, so hat er auch die Pflicht, nach § 1426 der Reichsversicherungsordnung für sich und den Arbeiter den Beitrag zu entrichten. Um nun den Beitrag fleben zu können, hat der Arbeitgeber das Recht, auf Kosten des Arbeiters eine Karte ausstellen zu lassen, wenn der Arbeiter eine solche nicht beschafft. Da sich aber die Arbeitgeber mit solchen Unbequemlichkeiten nicht gern befassen, stellen sie einfach Arbeiter ohne Karte nicht ein. Uebrigens kann die Ortspolizeibehörde einen Versicherten mit einer Geldstrafe bis zu 10 Mk. bestrafen, wenn er sich keine Karte besorgt.

Viel Arbeitgeber sind der Ansicht, daß die Invalidenkarte bei Kontraktbruch der Arbeiter einbehalten werden kann. Das ist nicht richtig. Auch bei Kontraktbruch muß die Karte herausgegeben werden. § 1425 der Reichsversicherungsordnung besagt:

„Niemand darf eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. . . . Wer Karten dieser Art zurückbehält, ist dem Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortspolizeibehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus.“

Ist aber das Markenkleben der Krankenkasse übertragen worden, dann hat sich der entlassene Arbeiter, auch wenn er beim Antritt der Arbeit die Karte dem Arbeitgeber übergab, nur an die Kasse zu halten, die ihm auch sofort die Karte aushändigt. Der Arbeitgeber ist in dem Falle nicht verpflichtet, die Karte von der Kasse zu holen. Ist dagegen die Karte beim Arbeitgeber hinterlegt, und er verweigert die Herausgabe, so kann der Arbeiter, wenn er wegen Fehlers der Karte Arbeit nicht erhält, Schadenersatz verlangen. Bei diesen Schadenersatzklagen wird aber geprüft, ob den Arbeiter nicht bei Entstehung des Schadens ein Verschulden trifft (§ 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), indem er es unterließ, sofort die nötigen Schritte bei der Ortspolizeibehörde zu tun, wo der Arbeitgeber wohnt. Die Ortsbehörden stellen bis zur Erledigung der Streitfrage auch sogenannte Notkarten aus. Dadurch wird erreicht, daß der Arbeiter vorläufig vom Arbeitgeber ohne die richtige Karte beschäftigt wird. Das Reichsversicherungsamt hat in den „Amtl. Nachr.“ 1900, Seite 842, veröffentlicht:

„Versicherten, die im Falle rechtswidriger, insbesondere heimlicher Aufgabe einer Beschäftigung ihre Quittungskarte bei dem Arbeitgeber zurückgelassen haben, ist die Karte von diesem oder der Ortspolizei, bei der der Arbeitgeber die Karte hinterlegt hat, auf Verlangen nach dem Aufenthaltsort durch die Post unfrü nachzusenden.“

Nach einem Erlaß des preussischen Ministers des Innern und des Handelsministers vom 3. Juli 1903 besteht aber keine Verpflichtung der Ortspolizeibehörde, die Quittungskarte kontraktbrüchiger Versicherte den früheren Arbeitgebern abzugeben und den Versicherten nachzusenden.

Der Arbeiter wende sich also im Streitfalle sofort an die Ortspolizeibehörde um Ausstellung einer Notkarte und verweise dabei auch auf den vorstehenden § 1425, der zwar auch auf der Invalidenkarte abgedruckt ist, aber doch von vielen Polizeibehörden und Gemeindevorstehern nicht gefast und beachtet wird. Ist die Karte und auch eine Notkarte nicht zu erhalten, dann wende man sich an eine Organisation oder an das nächste Arbeitersekretariat, damit event. Schadenersatzklage eingereicht wird. St.

### Das Elend der unverheirateten Arbeiter.

Der jugendliche unverheiratete Arbeiter hat unter mancherlei Mißständen zu leiden, die den Verheirateten nicht oder doch nicht in so hohem Maße bedrücken. Vieles, sehr vieles hat er allerdings auch vor dem verheirateten Arbeiter voraus. Vor allen Dingen seine größere Unabhängigkeit. Bietet sich ihm in einer anderen Stadt eine günstigere, besser bezahlte Arbeitsgelegenheit, so hindert ihn keine Familie, kein unständlicher Umzug mit mehr oder weniger vielem Mobiliar, diese zu benutzen, ungehindert den Staub seiner bisherigen Wirkungsstätte von den Füßen zu schütteln.

Nichts bindet ihn in den meisten Fällen an eine bestimmte Wohnstätte, nichts an den Ort, an dem er seine Wahlzeiten einnimmt. Aber diese größere Unabhängigkeit hat für den ledigen Arbeiter auch ihre Nachteile. Wenn er nicht bei Eltern oder Verwandten wohnt, also außerhalb jedes Familienlebens steht, ist er auf das Wohnen bei fremden Leuten, in Schlafstellen, und das Essen in Gastwirtschaften oder an Privatmittagstischen angewiesen.

Welchen Umfang das Wohnen in Schlafstellen angenommen hat, beweist die Tatsache, daß zum Beispiel in Berlin 81 106 männliche und 22 425 weibliche Personen Schlafstellen, 52 035 männliche und 12 767 weibliche Personen sogenannte möblierte Zimmer bewohnen.

Das Schlafstellenelend der unverheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen ist allgemein bekannt. Eage, nicht heizbare und überfüllte Räume sind an der Tagesordnung. Der Arbeiter fällt es besonders schwer, eine Wohnung zu finden, weil sehr viele Vermieter nicht gern Schlafstellen oder möblierte Zimmer an weibliche Personen abgeben.

Die Wohnräume sind nur zum Schlafen zu benutzen, Aufenthaltsräume während der freien Zeit, abends oder Sonntags, sind sie nicht. Der Ledige ist da auf die Straße oder das Wirtshaus angewiesen, wenn er nicht Lesefäle und ähnliches aufsucht.

Ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer steht es mit der Beföstigung der unverheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gastwirtschaften, die meistens von den ledigen männlichen Arbeitern frequentiert werden, haben in erster Linie ein Interesse daran, daß neben dem Essen ein möglichst großes Quantum Alkohol vertilgt wird. Die Speisenzubereitung und Zusammensetzung ist deshalb auch auf diesen Zweck zugeschnitten. Das Essen ist scharf gesalzen und gewürzt, Fleisch herrscht vor, Gemüse kommt nur selten oder doch nur in einer Zubereitung auf den Tisch, die zum Trinken anreizt. Dadurch wird aber Gesundheit und Geldbeutel in gleicher Weise erheblich geschädigt. In größeren Gastwirt-

schaften ergibt sich noch die unangenehme und unproduktive Ausgabe des Trinkgeldes an das Bedienungspersonal.

Die ledige Arbeiterin pflegt sich entweder, wenn es möglich ist, ihr Essen selbst in ihrer Schlafstelle zu bereiten oder aber sie nimmt es an Privatmittagstischen und in ähnlichen Anstalten ein.

Das Essen an Privatmittagstischen ist meistens äußerst dürftig. Ein etwas starker Esser kann unmöglich davon satt werden. Die unzureichende Menge wird deshalb in den meisten Fällen durch eine Anzahl kleinerer Gerichte zu verdecken gesucht. Die jungen Arbeiterinnen sind infolge ihrer schlechten Löhne aber vielfach nicht einmal imstande, die Preise dieser Privatmittagstische zu erschwingen. Sie besuchen dann die Mittagstische des Vaterländischen Frauenvereins und ähnlicher Wohltätigkeitsanstalten, die durch Patriotismus oder Religiosität die jugendlichen Gemüter zu beeinflussen versuchen.

Von den verschiedensten Seiten ist deshalb schon versucht worden, diesen Mißständen abzuhelfen. Vor allen anderen haben dies die Unternehmern versucht, natürlich nur, um daraus Nutzen zu ziehen. Im Bergbau, in der Metall-, Textil-, chemischen- und einigen anderen Großindustrien haben sie für ihre männlichen Arbeitskräfte Ledigenhäuser, für die Arbeiterinnen sogenannte „Schwesternheime“ oder ähnliche Anstalten errichtet, die vielfach unter Leitung klösterlicher Ordensschwester stehen.

Neben den Unternehmern haben religiöse Gemeinschaften sich die Wohnungsnot der Unverheirateten für ihre Zwecke zunutze gemacht. Die Katholiken haben „Gemeinschaften“ für die Männer, „Marienheime“ für die jungen Mädchen, die Evangelischen „Hospize“ geschaffen. Die Einrichtungen der Religionsgemeinschaften wollen natürlich ihre Ansassen mehr oder weniger mit religiösem Geist erfüllen, sie im Sinne der in Betracht kommenden Religionsgemeinschaft beeinflussen. Erwähnt sei hier auch, daß die Heilsarmee mit ihren Heimen natürlich ähnliche Zwecke verfolgt.

Verhältnismäßig spät haben sich die Gemeinden auf ihre Verpflichtung zur Beschaffung einer billigen und guten Wohn- und Speisegerlegenheit für die Unverheirateten besonnen. In Deutschland bestehen solche mehr oder weniger von der Gemeinde selbst erhaltene oder doch subventionierte Ledigenheime in Straßburg, Ulm, Düsseldorf und einigen anderen größeren Städten. Bekannt ist in weiteren Kreisen das Charlottenburger Ledigenheim, das als eine Aktiengesellschaft (Wohlfahrt-Aktiengesellschaft) zwar weitgehende städtische Unterstützung genießt, auf dessen Verwaltung aber die Stadtgemeinde keinen großen Einfluß hat.

Von der Gemeinde errichtet und verwaltet wird dagegen das Ledigenheim der Berliner Vorortgemeinde Weihensee.

Neben Unternehmern, Religionsgemeinschaften und Gemeinden haben noch die verschiedensten Korporationen, sog. gemeinnützige Vereine usw., Ledigenheime und Speiseanstalten für die Unverheirateten errichtet, alle zu dem mehr oder minder ausgesprochenen Zweck, die Ledigen in patriotischem oder ähnlichem Geiste zu beeinflussen.

Auffallen muß angesichts dieser vielfachen Bestrebungen, daß in Deutschland in dieser Beziehung die Selbsthilfe der Ledigen vollständig verfaßt hat. Wenn irgendwo Mißstände bestanden, dann hat die Arbeiterchaft niemals auf die Hilfe von anderer Seite gewartet. In ihren politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen hat sie ihre Interessenvertretung kraftvoll in die Hand genommen. Durch die politische Organisation sind mancherlei Verbesserungen in der sozialen Fürsorge für den wirtschaftlich Schwachen — auch für den Unverheirateten — in Staat und Gemeinde geschaffen worden. Die Gewerkschaft sucht durch Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft zu heben. Konsum- und Baugenossenschaften schließlich suchen den Arbeiter davor zu bewahren, daß er seinen in schweren Kämpfen erworbenen höheren Lohn dem privatkapitalistischen Handel und Hausbesitz doppelt und dreifach wieder in den Taschen verliert.

In den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen kämpft die unverheiratete Arbeiterschaft Schulter an Schulter mit ihren Leidensgenossen; die Genossenschaftsbewegung hat sie bisher noch wenig oder gar nicht in ihren Bann ziehen können. Das ist auch leicht erklärlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Konsumgenossenschaften keine oder doch nur wenige fertig zubereitete Waren, die Baugenossenschaften keine möblierten Zimmer zur Verfügung stellen können. Nur die allerwenigsten unverheirateten Arbeiter haben soviel genossenschaftliches Empfinden, daß sie ihren manchmal nicht geringen Bedarf an Wurst, Brot und anderen Waren entweder selbst oder doch durch ihre Vermieterin in der Konsumgenossenschaft decken. Und gar die, die sich eigene Wohnungseinrichtung beschaffen können, um in einer Baugenossenschaft zu wohnen, kann man mit der Laterne suchen.

Alle Selbsthilfeeinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft haben aber eins vor den Schöpfungen der Unternehmern, Kirchen, Gemeinden, gemeinnützigen und sonstigen Vereinigungen voraus: sie sind aufgebaut auf dem weitgehendsten Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrecht ihrer Mitglieder. Daß dieses Recht den Ledigen in allen erwähnten Fürsorgeeinrichtungen nicht eingeräumt wird, darf niemand wundern, denn sie haben ja zu ihrer Errichtung und Unterhaltung gar nichts oder doch nur wenig beigetragen. Alle diese Schöpfungen sind mehr oder weniger Wohlfahrts-einrichtungen, mit den meisten wird ein bestimmter, im Sinne ihrer Errichter gelegener Zweck verfolgt.

Es ist auch für die unverheiratete Arbeiterschaft an der Zeit, daß sie sich von den Einflüssen dieser eigennützigen Gönner und Wohltäter freimacht, daß sie die Beschaffung guter und preiswerter Wohn- und Beföstigungsgelegenheiten selbst in die Hand nimmt. In Berlin, Hamburg, München und Jena haben sich denn auch vor einiger Zeit Speisehaus- und Ledigenheimgenossenschaften gebildet, die ihren Mitgliedern gutes, preiswertes Essen unter Ausschluß von Trink- und Trinkgeldzwang bieten, für eine zweckentsprechende Wohn- und Aufenthaltsgelegenheit sorgen wollen. Dadurch kann die unverheiratete Arbeiterschaft unter ihrer eigenen Verwaltung und Mitbestimmung zur Besserung des unwürdigen Wohnungs- und Beföstigungselends beitragen. Sie ist dann nicht mehr in so ausgedehntem Maße wie heute auf die Wohlfahrts-einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft angewiesen, sondern kann sich aus eigener Kraft wenigstens teilweise aus den Fesseln der privatkapitalistischen Ausbeutung auf diesem Gebiete befreien.

### Genossenschaften für Ledige.

Speisehaus- und Ledigenheimgenossenschaften mit beschränkter Haftung bestehen in Berlin (Geschäftsstelle: Goethepark 1), in Hamburg (Kreuzweg 26), in München (Prannerstraße 9) und in Jena (Lödber Straße 4, am Holzmarkt). Ihre Aufgabe ist, der unverheirateten Arbeiterschaft gutes preiswertes Mittagessen und Abendessen zu beschaffen, Ledigenheime unter Ausschluß jedes Kasernencharakters mit gemeinsamen Aufenthalts- und Leseräumen zu errichten.

In Jena ist bereits eine genossenschaftliche Speiseanstalt in Betrieb. Die Genossenschaft zählt dort 152 Mitglieder, 60 Mittags- und über 25 Abendgäste. In den ersten sieben Monaten des Geschäftsbetriebes erzielte sie bei ausreichenden Abschreibungen einen Reingewinn von 500 Mk. Sie arbeitet bereits seit Juni 1913 schuldenfrei und hat beim Konsumverein Jena, der mit sechs Geschäftsanteilen Mitglied ist, ein Sparguthaben von 2150 Mk. Alle Waren werden, soweit irgend möglich, vom Konsumverein bezogen. Am 1. April 1914 wird die Genossenschaft in ein eigenes Haus übersiedeln und dem Speisehausbetrieb ein Ledigenheim angliedern.

Die Münchener Genossenschaft betreibt ein mit zunächst sechs bis acht Ledigenwohnungen verbundenes Speisehaus. Sie hat 65 Mitglieder, über 45 Mittags- und über 25 Abendgäste. Im ersten Geschäftsjahr schließt sie zwar mit einem Verlust von 164,58 Mk. ab, der aber in der Hauptsache auf die Einrichtungskosten zurückzuführen ist.

Die zurzeit 70 Mitglieder zählende Groß-Berliner Genossenschaft hat bisher einen eigenen Betrieb noch nicht eröffnet. Aus den gesammelten Erfahrungen ergibt sich, daß die neue Genossenschaftsart in kleineren Städten viel leichter und schneller Anhänger findet als in Großstädten. Die Hauptschuld daran tragen die großen Entfernungen, die Wohnen und Essen am gleichen Orte unmöglich machen. Die Genossenschaft ist deshalb dazu übergegangen, mit privaten Speise- und Wohnungsgebern Verträge abzuschließen. Diese müssen sich verpflichten, die Beföstigung nach dem Schweizer System einzuführen, d. h. nur die Fleischportionen genau abzumessen, Gemüse, Kartoffeln und Brot aber nach Wunsch des Mitgliedes zu verabreichen. Jeder Trink- und Trinkgeldzwang muß ausgeschlossen sein. Der Nahrungsmittelbedarf muß möglichst aus dem Konsumverein gedeckt werden. Die Genossenschaft behält sich die Kontrolle der Güte der Speisen und Wohnräume vor. Bei eventueller Beschäftigung von Arbeitskräften in den Vertragsbetrieben wird auf die Einhaltung der gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen hingewirkt.

Gelingt es den neuen Genossenschaften, immer größere Scharen der unverheirateten Arbeiterschaft für ihre Bestrebungen zu gewinnen, dann kann das Elend im Wohnungs- und Beföstigungswesen erheblich gemindert und reformiert werden.

### Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen.

Man schreibt uns aus Schlesien: Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen sind für das gesamte arbeitende Volk von eminentester Bedeutung. Millionen Menschen, die heute schwer um ihre Existenz ringen müssen, die als Lohnsklaven dem ausbeutenden Kapital als einzelne machtlos gegenüberstehen, sehen in den gewerkschaftlichen Organisationen das Machtmittel zur Erleichterung jeglichen Druckes, dem sie durch das Kapital ausgesetzt sind.

Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen bestehen, zusammengefaßt, darin, daß allen, die sich innerhalb der Gesellschaft und für dieselbe betätigen, eine gesicherte und befriedigende Existenz geschaffen werde; daß ihnen ein möglichst hoher Ertrag ihrer Arbeitskraft zuteil werde.

Nicht verächtlichen soll der faule Bauch, was fleißige Hände erworben haben, derweil dieselben in Hunger und Elend vergehen.

Doch nur durch festes Zusammenhalten der ihre Klassenlage Erkennenden und mit Verständnis in die Zukunft blickenden Proletarier ist dieses Ziel zu erreichen. Erinnerung sei hier nur an die Zeit der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, wo besonders hier in Schlesien unzählige Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Hungertypus hinweggerafft wurden, während zu gleicher Zeit aus dem Markt der ausgebeuteten und ausgemergelten Arbeiterschaft der Grundstein gelegt wurde zu den heute riesenhaft angewachsenen Vermögen der Industriemagnaten, insbesondere auch in der Textilindustrie. Von einer Gegenwehr des Proletariats in wohl-disziplinierten Organisationen war zu dieser Zeit noch nichts zu spüren. Unmählich kam dem Proletarier jedoch das Bewußtsein, daß Einigkeit stark macht, daß die Riesensonne der arbeitenden Klassen gemeinsame Interessen verbindet und daß nur durch solidarisches Verhalten der Arbeiter untereinander und zueinander ein Aufstieg aus den jetzigen gedrückten und rechtlosen Verhältnissen durchführbar sei.

Schon in den 60er Jahren schrieb Ferdinand Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm“:

„Die Geschichte ist ein Kampf mit der Natur, mit dem Elend, der Unwissenheit, der Armut, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befinden, als das Menschengeschlecht im Anfang der Geschichte auftrat. Die fortschreitende Befreiung dieser Machtlosigkeit — das ist die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt.“

In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als einzelne, jeder für sich, jeder allein geführt hätten oder führen wollten. . . . Zwar ist auch in den unteren Klassen leider inuner noch Selbsthucht genug vorhanden, viel mehr als vorhanden sein sollte. Aber hier ist diese Selbsthucht, wo sie vorhanden ist, der Fehler der Individuen, der einzelnen, und nicht der notwendigen Fehler der Klasse.

Schon ein sehr mäßiger Instinkt sagt den Gliedern der unteren Klassen, daß, sofern sich jeder nur auf sich bezieht und jeder bloß an sich denkt, er keine erhebliche Verbesserung seiner Lage für sich erhoffen kann.

Insofern aber und insoweit die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihrer Lage als Klasse, die Verbesserung ihres Klassenloses erstreben, insofern und insoweit fällt dieses persönliche Interesse, statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegenzustellen und dadurch zu jener Unfähigkeit verdammt zu werden, seiner Richtung nach

vielmehr durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit den Fortschritten der Kultur, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, welche nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist. Oder wie wir schon oben sahen, ihre Sache ist die Sache der gesamten Menschheit."

Lassalle offenbart in diesen Worten den Proletariern seine Erkenntnisse von der sieghaften Macht der solidarisch verbundenen Arbeiterklasse.

Und wenn auch zu Lebzeiten Lassalles die Zahl derer äußerst minimal war, die den Sinn dieser Ausführungen bis in ihre letzten Konsequenzen erfaßt hatten, so wuchs die Zahl doch beständig. Immer größer und ausgedehnter wurden die Reihen der Klassenbewußten Arbeiterchaft, und heute stehen Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen in festgefühten gewerkschaftlichen Organisationen, durch dieselben ihre wirtschaftlichen Forderungen zu propagieren und deren Erfüllung zu erkämpfen.

Trotzdem jedoch auch die Gegner der arbeitenden Klassen gleichfalls den Zusammenschluß propagieren, sich in allen möglichen Kampfesorganisationen zusammenschließen, durch Zusammenlegung des Kapitals ihre Macht erweitern, gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung Ausnahmestellung verlangen, mit Hilfe von Unternehmern Geldern den Arbeitern schädliche Arbeiterorganisationen ins Leben rufen usw. usw., trotz all dieser Zeichen der Zeit gibt es immer noch viele Arbeiterführer, die noch nicht von solidarischem Geiste erfüllt sind, die abseits stehen und dadurch die Aktionsfähigkeit der modernen Arbeiterorganisationen und somit auch den Aufstieg der arbeitenden Klassen zu den lichten, sonnigen Höhen des Rechts hemmen.

Wie viele von diesen abseitsstehenden Männlein wie Weiblein mögen bei Arbeiterfestlichkeiten sich schon den Anschein gegeben haben, als ob sie Wunder wie aufgeföhrt wären. Wie viele davon mögen, wenn bei ähnlichen Anlässen Lassalles Verdienste um die Arbeiterklasse erwähnt wurden, nachher in dem schönen Liede mitgefangen haben:

Auf seiner Bahn da folgen wir stets all!  
Dem Freiheitskämpfer Ferdinand Lassalle,  
Dem Freiheitskämpfer Ferdinand Lassalle!

An alle jene ergeht der dringende Ruf: Bleibt nicht auf halbem Wege stehen, bekennet Euch zu Eurer Klasse, vollzieht endlich den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, seid stets solidarisch untereinander in Eurem Tun und Handeln. Bedenkt: je einiger und mächtiger die Arbeiterbataillone in den Kampf ziehen, je näher rückt der Tag des endlichen Sieges heran.

**Allgemeine Wochenschau.**

**Eine freche Unverschämtheit.**

Unter der Spitzmarke: Eine Gewerkschaftsstatistik im wahren Lichte, geht ein Wäschzettel durch die kapitalistische Presse, der sich mit dem Jahresbericht unseres Verbandes beschäftigt. Darin wird u. a. gesagt, „daß der Verband kaum 150 000 Mk. mehr an Unterstützung zum wirklichen Wohle seiner Mitglieder ausbezahlt habe, die er in die Taschen seiner Beamten fließen ließ oder zur Sicherung ihrer Zukunft verwandte“. Der Wäschzettel ist abgedruckt in der „Fürther Zeitung“ und ist derselben aus dem Kreise der Fürther Textilindustriellen zugegangen.

Dreister ist wohl noch nie mit Zahlen elendes Schindluderspiel getrieben worden. Wie steht die Sache?

Es wurden gezahlt an Unterstützungswegen in den Jahren 1912/1913:

	Hauptkasse	Mk.
Krankenerstüfung	784 687,35	
Arbeitslofenunterstützung	437 362,85	
Steuerunterstützung	33 818,—	
Reiseunterstützung	90 496,95	
Streitunterstützung	1 490 668,01	
" an andere Berufe	51 386,70	
" an das Ausland	9 500,—	1 551 554,71
Gemafregeltenunterstützung	137 467,13	
Rechtschutz	20 971,36	
Umzugsunterstützung	27 184,72	
Notunterstützung	6 915,—	
		<b>3 090 408,07</b>

Der Verband leistete also insgesamt allein von der Hauptkasse aus rund 3 090 000 Mk. an Unterstützungen. Und nun wird behauptet, um nur 150 000 Mk. sei die Summe geringer, die der Verband in die Taschen seiner Beamten fließen lasse oder zur Sicherung ihrer Zukunft verwandte.

Sehen wir zu, wieviel da hinzugelogen worden ist.

Der Verband hat in der Hauptverwaltung, dem Zeitungsbetrieb, Gauerwaltungen und Ortsverwaltungen insgesamt 130 Personen beschäftigt. Für diese betrug laut Abrechnung in den letzten zwei Jahren der Lohn inklusive Versicherungsbeiträge insgesamt 581 556,98 Mk.; das ergibt pro Jahr 290 778,49 Mk. oder im Durchschnitt pro Person 2236 Mk. Damit vergleiche man zunächst einmal die Riesengehälter, welche die Syndikate der Unternehmerverbände erhalten. Viele von ihnen erhalten in einem Monat mehr, wie die Angestellten unseres Verbandes für die aufreibende Tätigkeit eines ganzen Jahres erhalten. Die meisten Aufsichtsratsmitglieder von Textilfabriken würden es sich sicher verbeten, wenn man sie für ihre „Tätigkeit“ mit 2236 Mk. Tantieme abbeifien würde.

So sieht es also in Wirklichkeit aus mit dem „Sinecibien“ der Summen in die Taschen der Beamten.

Wie kommt denn nun aber die Schwindelnotiz dazu, zu behaupten, die Unterstützungen der Arbeiter seien nur um 150 000 Mk. höher wie die Summen, die der Verband seinen Beamten in die Taschen schiebe? Nun, ganz einfach auf folgende Weise:

Erst führt sie die Summe der Gesamtunterstützungen an und zieht davon 1 689 021,07 Mk. ab, indem sie behauptet, diese Summe, die für Streiks und für die gemafregelten Opfer des Unternehmerterrorismus gezahlt wurde, sei nicht zum wirklichen Wohle der Arbeiter verwandt worden. Darüber werden die Arbeiter mit dem Kapitalisten, der jenes geschrieben hat, nicht rechten. Die Arbeiter halten gerade diese Unterstützungen für die wertvollsten. Daß sie den Unternehmern nicht passen, das

glauben wir ihnen schon, aber das berechtigt doch noch nicht dazu, diese Summen einfach aus dem Unterstützungsfonto zu streichen. So etwas ist rund und nett eine Fälschung. Aber mit dieser Fälschung ist es noch nicht getan. Es mußte weitergefälscht werden, um behaupten zu können, der Verband schiebe seinen Beamten annähernd soviel in die Taschen, als wie er Unterstützung zahle. Und wie fälschte man das weiter? Nun, dadurch, daß man einfach die Summe von 1 276 277 Mk., die in den zwei Jahren für Agitation, für die Verbandszeitung, für Drucksachen, Verwaltung, für sachliche und sonstige Ausgaben ausgegeben wurden, als den Betrag bezeichnete, der für Verwaltung ausgegeben worden und der Betrag sein soll, den der Verband seinen Beamten in die Taschen geschoben und zur Sicherung ihrer Zukunft verwandt habe.

Und solch eine plumpe Fälschung waqt sich in die Öffentlichkeit unter der hochtrabenden Phrase: Eine Gewerkschaftsstatistik im wahren Lichte.

Scham besitzen die Scharfmacher keine.

**Heutmann und die Zölle.**

Die Führer der christlichen Gewerkschaften haben auf ihrem dritten Kongreß für die kommende Neuregelung der Handelsverträge ein wirtschaftspolitisches Programm aufgestellt, das jetzt in Nr. 3 der „Sozialen Revue“, eines wissenschaftlichen Organ des Zentrums, von dem Düsseldorfsekretär Anton Heutmann ausführlich begründet wird. Die Forderungen des Programmes lauten:

- 1. Aenderung des Einfuhrzollsystems, damit der übermäßige Anbau von Roggen aufhört.
- 2. Erleichterung der ausländischen Futtermittelzufuhr zur Förderung der Schweinemast.
- 3. Ergänzungszufuhren von Vieh und Getreide.

Diese Forderungen haben alle den für einen christlichen Sekretär schätzbaren Vorzug, sehr verständig zu sein, um für spätere Ausreden Raum zu lassen. Damit nicht mit den Interessen der Arbeiterchaft an der Lebensmittelversorgung Schindluder getrieben wird, wollen wir genauer entwickeln, welche Taten diesem Programm folgen müßten, wenn das Arbeiterinteresse gewahrt bleiben soll. Wir richten deshalb folgende Fragen an Herrn Heutmann, damit jeder schlichte Arbeiter sehen kann, welche wirtschaftlichen Maßnahmen die Christenführer zu vertreten bereit sind.

Verstehen wir Herrn Heutmann richtig, wenn er den Anbau des Roggens im ostelblichen Preußen deswegen beschneiden will, weil infolge des Einfuhrzollsystems der Zoll auf Roggen in den Jahren 1907 bis 1913 nur 17,2 Millionen der Reichskasse eingebracht, dagegen aber einen Zuschuß von 114 Millionen Mark erfordert hat? Damit Herr Heutmann auch noch etwas zulernt und dies seiner christlichen Gefolgschaft weiter erzählt, sei ihm verraten, daß in derselben Zeit, nach der Berechnungsmethode von Professor Brentano, die Getreideproduzenten neben diesen Zuschüssen aus der Reichskasse noch 2592 Millionen Mark Nutzen allein aus der Vertenerung des Roggens gezogen haben.

Wie denkt sich Herr Heutmann eine wirklich erfolgreiche Einwirkung auf den Roggenbau mit Hilfe der Aenderung der Einfuhrzölle? Der einzig gangbare Weg ist der fortschrittliche Antrag Ablaß, der dem Reichstag am 22. April 1909 vorgelegen hat und den man als erste, wenn auch nicht besonders weitgehende Abschlagszahlung annehmen würde. Der Antrag Ablaß lautete an der entscheidenden Stelle: „Der § 11 des Zolltarifgesetzes wird dahin abgeändert, daß die Geltung der Einfuhrzölle zur Zollentrichtung auf die Warengattung beschränkt wird, für welche bei der Ausfuhr der Einfuhrzölle erteilt wird.“ Da wir einen sehr großen Ueberfluß an Roggen ausführen, 1913 allein 5,8 Millionen Doppelzentner, so würden durch den Antrag Ablaß die Zölle für diese Roggenmenge wertlos werden; es würde eben die entsprechende Gegeneinfuhr fehlen, bei der die Einfuhrzölle eingelöst werden können. Infolgedessen müßte die Verschleuderung des Roggens aus Ausland aufhören und der Preis würde also im Zustand wegen Ueberangebot sinken. Die weitere Folge davon wäre, daß sich die Herren Großagrarien bequem müßten, den Roggenbau einzuschränken und den Großstädten mehr Fleisch anzubieten. Heute ist das alles nicht möglich, weil der Einfuhrzoll für Roggen bei der Einfuhr von Weizen, Mais usw. in Zahlung gegeben wird und mit einem Abschlag von ein bis zwei Tausendstel täglich verkauft werden kann. Der Antrag Ablaß vom Jahre 1909 bewirkt also das, was Herr Heutmann haben will. Der Antrag ist aber seinerzeit vom Zentrum niedergestimmt worden. Ist trotzdem Herr Heutmann heute bereit, öffentlich für den Antrag Ablaß einzutreten und in der Zentrumsparlei für ihn zu propagieren?

Wie denkt sich Herr Heutmann die Erleichterung der ausländischen Futtermittelzufuhren? Ist er bereit für die Aufhebung der Futtermittelzölle einzutreten, die dem kleinen, viehzüchtenden Bauer die Kosten notwendig erhöhen? Falls Herr Heutmann nicht die Futtermittelzölle aufheben will, bitten wir um eine Erklärung, wie weit er für eine Herabsetzung eintritt. Was soll endlich die Öffentlichkeit verstehen unter „Ergänzungszufuhren von Vieh und Getreide“? Die deutsche Landwirtschaft deckt heute doch den Inlandsverbrauch von Weizen nur zu 68,4 Proz., von Gerste nur zu 53,1 Proz. Es sind also seit Jahren und Jahrzehnten sehr wichtige Ergänzungszufuhren notwendig. Die Streitfrage ist nur die: Sollen die Preise, zu denen die Zufuhr herinkommt, durch einen Zoll verteuert werden oder nicht? Wenn anders also die Ausführungen einen Sinn haben sollen, und wir nehmen nicht an, daß Herr Heutmann absichtlich Unsinns schreibt, so muß das heißen, er will sich auch darauf festlegen, daß die Ergänzungszufuhren zu einem erträglich billigen Preise heringebracht werden, daß er also in weitem Maße für Herabsetzung der Getreidezölle eintritt. Ferner wird die „Ergänzungszufuhr“ in Fleisch und Vieh durch den § 12 des Fleischschaugegesetzes zugunsten der Agrarien außerordentlich behindert. Deshalb dürfte sich also Herr Heutmann auch für Aufhebung des § 12 und Ermäßigung bzw. Aufhebung des hohen Fleischzoll von 35 bzw. 27 Mk. pro 100 Kilogramm einsetzen.

Wenn also Logik noch Geltung hat, so müssen die Christenführer und zunächst Herr Heutmann sich klipp und klar, ohne jeden Vorbehalt, zu diesen genauen Formulierungen

ihres eigenen wirtschaftspolitischen Programms bekennen. Wenn diese Herren auf unsere präzisen Fragen öffentlich keine Antwort geben oder sich mit Ausreden um die Entscheidung herumdrücken wollen, sind sie in den Augen eines jeden denkenden christlichen Arbeiters entlarvt. Sie würden dann in der Öffentlichkeit dastehen als Menschen, die ein Programm aufstellen, nicht um es zu besolgen und zu verwirklichen, sondern nur, um dadurch die Sünden des agrarischen, lebensmittelvertuernden Zentrums zu bemänteln und zu verdecken: zur Täuschung und zum Schaden der christlichen Arbeiter.

**Das böse Gewissen.**

Die Kapitalisten, die sich jährlich Millionenwerte, welche durch die Arbeitskraft Hunderte fremder Menschen erzeugt werden, aneignen können, scheinen manchmal doch selbst noch so etwas wie eine Gewissensregung zu bekommen, wenn die Summen, die sie einstecken dürfen, gar zu groß werden. Dann entfallen sie sich wohl doch einen Augenblick der beschämenden Tatsache, daß die meisten Arbeiter, welche die Werte erzeugt haben, einen sehr geringen Lohn für ihre nützliche Tätigkeit erhalten. Und wenn diese Gewissensregung auch nicht so tief geht, daß sie den Entschluß reißt, den Arbeitern von dem Millionenwert einen größeren Teil zur Aufbesserung der Löhne zu geben, sondern diese Gewissensregung nur besteht in der Sorge, wie man die von der Arbeiterchaft erzeugten Millionenwerte einfach kann, ohne daß es die Arbeiter merken, so ist eine solche Regung des Gewissens der Kapitalisten doch immerhin interessant.

Kürzlich berichteten wir über die Bilanz der Neuen Baumwollspinnerei und Weberei Hof. Wir berichteten, daß die Aktionäre 20 Proz. Dividende und auf je 5 Aktien eine Freiaktie bekommen hatten. Dem Nennwert der Aktie nach waren das noch einmal 20 Proz. Dividende, was die Aktionäre einmachten konnten; dem Kurswert nach freilich war es nahezu das Dreifache. Doch das interessiert hier weniger. Mehr interessiert die Frage, warum denn diese Art der Gewinnverteilung vorgekommen worden ist. Man hätte doch anstatt der 20 Proz. Dividende und der 20 Freiaktien in Form der Freiaktien einfach 40 Proz. Dividende zahlen können. Gewiß, das hätte man tun können. Aber da regte sich eben das böse Gewissen. Einer hat das ausgeplappert; nämlich der „Münchener Abendzeitung“. Die schrieb:

„Eine weitere Erhöhung der Dividende würde bei der Arbeiterchaft Anstoß erregen. Das hat die bisherige Dividende schon getan.“

Ei, ei! Schon die bisherige Dividende von 20 Proz. hat also bei der Arbeiterchaft Anstoß erregt; was würde diese Arbeiterchaft da erst gesagt haben, hätte sie schwarz auf weiß gefunden, daß die Dividende um 100 Proz. gesteigert worden ist. Dann wäre es vielleicht nicht beim Anstoß geblieben. Dann wären vielleicht gar Anträge auf Lohnerhöhung gekommen. Dem mußte vorgebeugt werden. Deshalb unternahm man bei der Gewinnverteilung die Schiebung mit den Freiaktien. Auf diese Weise sollte bei den bilanzunkundigen Arbeitern die Annahmeerwartung werden, daß wiederum nur 20 Proz. Dividende verteilt worden seien, während in Wirklichkeit der Wert von 40 Proz. zur Verteilung kam. Was sagen nun die Arbeiter dazu?

**Gingeständnis christlicher Schande.**

In einem Artikel in der „Köln. Volkszeitung“ setzt sich der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung, dem Grafen von Hoensbroech, auseinander, der den „christlichen“ Gewerkschaften u. a. den Vorwurf gemacht hatte, daß sie antinational seien. Dabei entschließt sich ihm das wertvolle Geständnis, daß die „christlichen“ Arbeiterführer 1909 beim Steuerraub und 1911 bei der Verwässerung der Sozialpolitik wertvolle Handlangerdienste geleistet haben. Stegerwald schreibt u. a.:

„Mit solchen Vorkäufelverhandlungen könnte selbst der Reichsregierung die nationale Gesinnung abgeprochen werden. Sie hat bekanntlich in der elsässischen Verfassungsfrage, in der Frage des Leuchtölmonopols usw. ebenfalls mit der Sozialdemokratie zusammengearbeitet. In Wirklichkeit haben die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren zur Bekämpfung des verantwortungslosen sozialdemokratischen Radikalismus mehr getan, als die Deutsche Vereinigung jemals in Arbeiterkreisen zu tun Gelegenheit bekommen. Als nach der Reichsfinanzreform von 1909 die Sozialdemokratie eine schamlose Steuerhebe inszenierte, waren es christliche Arbeiterführer, die sich ihr in Versammlungen entgegenstellten und den Nachweis führten, daß mit den agitatorischen Steuerrezepten der Sozialdemokratie nirgends Steuerpolitik gemacht werden kann; als gelegentlich des Merokofonfliktes von 1911 sozialdemokratische Führer für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich den politischen Massenstreik durchgeführt wissen wollten, waren es christliche Arbeiterführer, die dieses Treiben mit allem Nachdruck brandmarkten und es aufs schärfste zurückwiesen; als bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in 1911 die Sozialdemokratie Forderungen aufstellte, die eine Mehrausgabe von zwei Milliarden Mark jährlich notwendig gemacht hätten, waren es christliche Arbeiterführer, die in Massenversammlungen auseinandersetzen, daß der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf unmöglich solche Lasten aufgebürdet werden könnten.“

Stegerwald bestätigt hierdurch alles, was wir früher über die schwere Schädigung der christlichen Arbeiter geschrieben haben. Stegerwald hat schon einmal an anderer Stelle bestätigt müssen, daß die Reichsfinanzreform, als sie durchgeführt wurde, im christlichen Gewerkschaftslager scharfe Gegner gefunden habe, und er hat bei dieser Gelegenheit auch bekannt, daß er und seine Kollegen in der „christlichen“ Gewerkschaftsführung schwer haben arbeiten müssen, um die Opposition gegen die Finanzreform in christlich-nationalen Arbeiterkreisen zu unterdrücken! Das war zu derselben Zeit, wo Herr Stegerwald um Zehntausende von

Mark jährlich kein Abgeordneter sein wollte. Heute stellt sich der gleiche Generalsekretär hin und brüstet sich damit, daß die Reichsfinanzreform von den christlichen Gewerkschaften im „nationalen“ Sinne unterstützt worden sei, d. h., daß man in Wirklichkeit mit dafür gesorgt habe, die Reichen bei dieser Steuererhebung vor wirklichen Besitzsteuern zu schützen, die armen ausgeemrgelsten Arbeiter dafür gründlich mit bedrückenden Steuern zu belasten. Den Arbeitern ungerechte Steuern aufgehaßt und ihnen dadurch die Lebenshaltung verteuert zu haben, dessen rühmt sich der selbchristliche Arbeiterführer, der im vorigen Jahre auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß in Berlin in einem Referat sich schwer über die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter beklagt hat! Das ist das Muster eines Christenführers, wie er leidet und lebt!

**Schund bringt auf den Hund.**

Seit Monaten spinnt sich in der Presse ein Meinungsstreit fort über die Frage, ob Qualitätsware oder nicht. Ausgegangen ist diese Frage von dem königlichen Materialprüfungsamt in Berlin. Das genannte Amt hat bei seinen amtlichen Untersuchungen in Bezug auf Täuschungen, besonders bei Textilerzeugnissen, Erfahrungen gemacht, die es befürchten lassen, daß, wenn der Qualitätsarbeit nicht durch einen gesetzlichen Schutz zu Hilfe gekommen wird, die ganze Textilindustrie sehr bald heruntergewirtschaftet sein wird. Wie das geht, das zeigt ein Fabrikant in der Nr. 21 der „Textil-Woche“. Er schreibt da unter anderem:

„Viele Fabrikanten beklagen sich bitter darüber, daß die Preise von der Kundschaft häufig dermaßen gedrückt werden, daß kaum die Speien dabei verdient werden können. Die Tatsache, daß Rohmaterialien, Arbeitslöhne und alle anderen Speien teurer geworden sind, steht hierzu in kräftigem Widerspruch. Die Fabrikanten haben stellenweise versucht, sich dadurch zu helfen, indem sie am Material sparten und die Qualitäten in etwas geringerer Ausführung herausbrachten, um so wenigstens einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen und vor allem, um nicht direkt bares Geld zulegen zu müssen. Verschiedene Artikel werden dadurch aber nach und nach in einer derart billigen und entsprechend minderwertigen Ausführung auf den Markt gebracht, daß das große Publikum zu dem ganzen Artikel leicht das Vertrauen verliert, wodurch dann nicht nur die billigen, sondern auch die besseren Ausführungen des betreffenden Artikels vom Markte verdrängt werden.“

Darunter haben aber nicht nur die Fabrikanten, sondern auch die Zwischenhändler sehr zu leiden, und es kann, wenn nicht in angemessener Zeit eine Besserung eintritt, ein ganzer Industriebezirk dadurch zugrunde gerichtet werden. Der Schund in seiner ganzen Minderwertigkeit ist eigentlich selbst für den billigsten Preis noch zu teuer, und sein Verkauf bedeutet doch sicher für kein Geschäft, ganz ohne Berücksichtigung des Charakters desselben, eine Empfehlung. Dazu kommt noch, daß der Schund noch lange nicht in den Rahmen eines jeden Geschäftes paßt und daß der Verkauf niemals einen einigermaßen normalen Nutzen abwirft. In den meisten Fällen wird gerade mit dem Schund sehr geschleudert, und es wird dann dadurch dem ganzen Kleinhandel auch bei besseren Qualitäten des betreffenden Artikels die Erzielung normaler Preise zur Unmöglichkeit gemacht.

Um noch solchen Angeboten gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben, sucht dann der Detaillist dem Großisten und dieser wieder dem Fabrikanten die Preise so weit wie nur eben möglich herunterzudrücken.“

Am Schlusse sagt er: „Der Schund bringt das beste Geschäft auf den Hund! Detaillisten und Fabrikanten müssen — ein jeder in seinem eigenen Interesse — den ernststen Mahnruf: „Forciert bessere Qualitäten!“ beherzigen.“ Man hat das königliche Materialprüfungsamt wegen seiner Stellungnahme zum Schutze der Qualitätsarbeit heftig beföhdet, die vorstehenden Ausführungen zeigen aber, daß diese Beföhdung sinnlos ist. Schund bringt auch die Arbeitslöhne auf den Hund.

**Christi Lehre auf der Anklagebank.**

Vor dem Landgericht Würzburg stand dieser Tage der katholische Geistliche und Gymnasialprofessor a. D. Max Treppner unter der Anklage des Betrugs. Der Mann hat, im Gegensatz zu der erdrückenden Mehrheit seiner Berufs- und Glaubensgenossen, die Lehren des Nazareners ernst genommen und sie befolgt. Er sagte zu seiner Verteidigung, er habe sich stets die treuesten und gewissenhaftesten Priester zum Vorbild genommen und sich nie einer Lüge oder eines Betruges schuldig gemacht; dazu sei er gar nicht fähig. Nach den Geboten Christi habe er stets den Armen, Elenden und Hungerigen gegeben, und wenn er selber kein Geld hatte, habe er sich solches geliehen. Auf diese Weise hat er im Laufe der Jahre 123 000 M. Schulden gemacht. Wegen dieser seiner Reigungen wurde er von der Regierung zwangsweise mit halbem Gehalt pensioniert. Dadurch konnte er die Prämie für die den Gläubigern verpfändete Lebensversicherung nicht mehr bezahlen und so entstand die Anzeige wegen Betrugs. Treppner konnte außerdem glaubhaft machen, daß er auf eine Erbschaft von seiner Schwester, die ihm bestimmte Verschreibungen machte, gehofft hatte. Das Gericht sprach ihn unter diesen Umständen frei.

Es ist bedauerlich, daß die schönen Lehren Christi von dem Speien der Hungerigen und von dem Weggeben alles dessen, was man für des Leibes Notdurft nicht selber braucht, nur von ein paar Schwärmern befolgt werden, die selber nur wenig haben. Die katholischen Großagrarien Bayerns, Schlesiens, Westfalens usw., die katholischen Industrie- und Grubenbarone, die millionenschweren Zentrumsführer (Trimborn, Bachem, Rilkens, Lenkung usw. usw.) geben nicht nur nichts von ihrem Ueberfluß weg, sondern suchen ihn immer noch auf Kosten der besitzlosen Masse durch Zöllwucher, Bodenspekulation und Lohndruck zu vermehren. Diejenigen, die sich stets in so aufdringlicher Weise als Inhaber und Schützer des Christentums spreizen, speisen

nicht nur nicht die Hungerigen und Kleiden nicht die Dürstigen, sondern sie verteuern den Armen systematisch mit dem Aufwand ihrer ganzen Energie und Intelligenz alles zum Lebensunterhalt Unentbehrliche. Wer den Lehren Christi gewissenhaft mit allen Konsequenzen folgen will, der wird in der kapitalistischen Gesellschaft verfolgt und geächtet.

**Es geht schon los.**

Mit der Politischerklärung beschränkt sich die Polizei durchaus nicht auf die freien Gewerkschaften. In seiner Nr. 20 bringt „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), unter der Ueberschrift: „Soll auch die katholische Arbeiterorganisation als politisch erklärt werden?“ folgende Mitteilung:

„Der Amtsvorsteher Beck in Richtersdorf (Oberschlesien) hat an den Vorstand des katholischen Arbeitervereins in Schönwald bei Gleiwitz unterm 30. April 1914 folgendes Schreiben gerichtet:

„Sie werden hiermit aufgefordert, die im Vereinsvorstande eingetretenen Veränderungen binnen 6 Tagen hier anzuzeigen und die Namen, Stand und Wohnort der Vorstandsmitglieder nach dem gegenwärtigen Stande anzuführen, ebenso die Tage, an denen die Monatsversammlungen stattfinden.“

Eine solche Aufforderung ist um so unverständlicher, als sich der Verbandsvorstand seit Monaten mit aller Entschiedenheit gegen die Zumutung wehrt, zu den politischen Kämpfen der deutschen Katholiken Stellung zu nehmen, damit auch nicht der leiseste Anschein erweckt werde, als dulde er in den Verbänden politische Bestrebungen irgendwelcher Art. Vielleicht liest der Herr Amtsvorsteher einmal den heutigen Leitartikel des „Arbeiter“, der sich mit der bekannten Erklärung schleißlicher Geistlicher befaßt. Wir hoffen, daß er dann seinen Irrtum einsehen und wieder gutmachen wird.“

Wer in katholischen Arbeitervereinen gewesen ist, der weiß, daß diese Vereine, in denen die Kapläne ihre politischen Gehversuche machen, sich in umfangreicher Weise mit Politik, und zwar mit Parteipolitik, befassen. Es ist daher sehr bezeichnend, daß der „Arbeiter“ gegen die Politischerklärung der katholischen Arbeitervereine Front macht, aber offenbar sehr damit einverstanden ist, daß die freien Gewerkschaften, die mit Parteipolitik gar nichts zu tun haben, weiter für politisch erklärt werden.

Nun, die Notwehr zwingt diese dazu, zu zeigen, wie die andern sind. Wir werden doch einmal sehen, bis zu welchem Grade in der Anwendung von zweierlei Recht es die Rechtspflege in Deutschland treiben wird.

**Genossenschaftliches.**

**Die Deutsche Volksversicherung A.-G. steuerfrei!** Das preussische Gewerbebesteuergesetz vom 24. Juni 1901 gibt dem Finanzminister die Ermächtigung, Unternehmungen, welche nur wohltätige oder gemeinnützige Zwecke unter Ausschluß eines Gewinnes für die Unternehmer gewähren, von der Gewerbebesteuerung zu befreien. Auf Grund dieses Gesetzes ist der gemeinnützigen „Deutschen Volksversicherung“ durch Erlaß des Finanzministers vom 9. März 1914 Freiheit von der Gewerbebesteuerung bewilligt worden. — Nach diesem Vorgange dürfte wohl sicher anzunehmen sein, daß die „Volksfürsorge“ nicht anders behandelt werden kann.

**Die private Lebensversicherung will nur gute Risiken!** Die Reform der Lebensversicherung, wie sie durch die „Volksfürsorge“ wenigstens für die kleine Lebensversicherung durchgeführt wird, zeigt sich immer deutlicher als eine dringende soziale Notwendigkeit. Die privaten Gesellschaften, die immer nur an ihren Profit, nie an die Versicherten denken, haben nicht nur ihre Tarife so ausgestaltet, daß neben einem genügenden Aktionärgewinn auch noch genügend Lantienmen blieben, sie haben sich auch stets für die schlechtesten Risiken besonders bezahlen lassen. So macht jetzt z. B. die große und reiche Gesellschaft „Victoria“ bekannt, daß sie des größeren Risikos wegen Speisewagen- und Schlafwagenbeamte überhaupt nicht mehr in Versicherung nimmt und Straßenbahner nur noch gegen Zahlung der dreifachen Prämie!

Und das trotz sicherer jährlicher Millionengewinne! Die „Volksfürsorge“ betrachtet es als eine Pflicht sozialer Gerechtigkeit, die Arbeiter, welche selbst ihr Leben täglich einem größeren Risiko aussetzen müssen, nicht noch besonders zu schröpfen und hat deshalb auf Risikounterschiede verzichtet!

**Berichte aus Fachreisen.**

**Nachen.** (Aus der Nacher Sektion der Textilberufsgenossenschaft.) Im Geschäftsjahr 1913 betrug die Zahl der zur Sektion gehörigen Betriebe 293 gegen 299 Betriebe im Jahre 1912. Beschäftigt wurden durchschnittlich 24 048 Arbeiter (24 086 i. V.), der an die Arbeiter gezahlte Lohnbetrag belief sich auf 21 772 619 Mk. gegen 21 514 260 Mk. i. V., demnach mehr 258 359 Mk. Die Zahl der Unfälle, die zur Anmeldung gelangten, betrug 600 (557 i. V.), von diesen waren 22 keine Betriebsunfälle. Erstmals entschädigungspflichtig waren 67 Fälle (63 i. V.). Der von der Berufsgenossenschaft hierfür zu zahlende Rentenbetrag erreichte die Höhe von 15 414,97 Mk. gegen 10 675,61 Mk. i. V. Abfindungen wurden 12 gewährt gegen 10 im Vorjahre. Die Steigerung der Lohnsumme könnte annehmbar erscheinen, wenn sie nicht bedingt wäre aus besonderen Ursachen. Zur Lohnsumme gehört unbedingt eine Produktionsstatistik.

**Grefrath.** Bei der Firma Schwarz u. Co., Akt.-Ges., stehen die Färber seit dem 3. Juni im Streik. Ursache des Streiks ist: Sie wünschen eine Lohnerhöhung und an den Samstag eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden. Trotzdem nun viermal mit der Firma verhandelt wurde, konnte sich dieselbe nicht verstehen die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, sondern versuchte die Bewegung in die Länge zu ziehen. Seit dem 14. Mai stehen die Färber schon in der Bewegung, wußten aber bis zu ihrem Austritt nicht, was eigentlich die Firma bewilligen wollte. In der letzten Verhandlung am Dienstag sagte die Firma noch zu den Verbandsvertretern: ich will eine Lohnerhöhung geben, aber wie hoch weiß ich noch nicht, da müßten erst Berechnungen angestellt werden, vor dem 20. Juni könne dieses jedoch nicht geschehen. Unter diesen Verhältnissen beschloßen die Arbeiter, in den Streik zu treten. Die Forderungen sind nicht hoch, man verlangt nur die Löhne, welche in der Kreisfelder Umgebung üblich sind. Gätte die Firma ernstlich geprüft und gemeinsame Verhandlungen mit Verbandsvertretern

und Lohnkommission in die Wege geleitet, dann wäre auch eine Verständigung erzielt worden. Die jetzt bestehende Lohnliste ist vor 5 Jahren vereinbart worden, wenn auch im Laufe der Jahre hier und da eine kleine Aufbesserung erfolgte, so doch nicht so, wie es den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entprochen hätte. Ueberall haben sich die Färber geregt und haben höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit errungen. Was in den übrigen Orten des Kreisfelder Bezirks möglich ist, muß auch in Grefrath möglich sein. Im Streik stehen 20 Mann, wovon 7 bei den Christen organisiert sind.

**Hamburg.** Die Tante in Christo regt sich in ihrer Nr. 21 darüber auf, daß Mitglieder von ihr zu uns herüber kommen. Wir können der Tante nur sagen, daß sie sich jede weitere Aufregung sparen kann. Wenn ihre Mitglieder fahnenflüchtig werden, so haben sie jedenfalls den Schwindel erkannt, daß eine christliche Gewerkschaft ein Unding ist. Kein denkender Textilarbeiter kann im heutigen Zeitalter mehr Vertrauen zu ihr haben. Allerdings können wir ihren Schmerz verstehen, wenn sie in der Schiffbefehrszute zum Nichtstun verdammt ist, aber hierüber hilft ihr kein Schimpfen hinweg und können wir ihr nur den Rat geben, ihre Mitglieder dahin zu erziehen, daß sie nicht ihre eigene Gewerkschaft verleugnen.

**Osnabrück.** Unlängst berichteten wir, daß bei der großen Textilfirma F. S. Hammerjen ein ziemlich strenges Regiment geführt wird, und daß, wer sich nicht ohne zu muffen den Anordnungen der Angestellten und Meister fügt, sofort entlassen wird. Ob ein berechtigter Entlassungsgrund vorliegt oder nicht, wird nicht erst besonders geprüft, sondern es wird diktiert, und damit basta. Den Spinner W. hat man entlassen, weil er für seine Kollegen eingetreten ist und deren berechtigte Wünsche der Firma vorgetragen hat. Der Frau des Kollegen hat man gekündigt, da sie doch auch dahin geht, wo ihr Mann bleibt. Nun hat man aber schon zwei weitere Kündigungen ausgesprochen. Einem bei der Firma jahrelang beschäftigten Spinner ist gekündigt worden, weil er nicht ohne Widerrede an einer anderen Maschine in einem anderen Spinnjaal arbeiten wollte. Auch wurde einer Frau die Kündigung gegeben, weil ihr Mann nicht bei der Firma arbeiten wollte. Diese Vorgänge lassen erkennen, daß das Gedröhre der Unternehmer über den Terrorismus der Arbeiter nur Klunker ist. Ein solcher Terrorismus, wie er in wenig Wochen gegen die Arbeiter von seiten der Betriebsleitung der Firma F. S. Hammerjen ausgeübt wurde, sollte nur zum zehnten Teil von den Arbeitern gegen Unternehmer zur Anwendung kommen, und welche ein Geschrei würden die Scharfmacher erheben! Die Aktionäre der Firma F. S. Hammerjen fühlen es ja nicht, wenn ihre beiden Direktoren, Herr Schweizer und Herr Hecker, die Arbeiter brotlos machen. Sie wissen die Kräfte zu schätzen und stellen deshalb den liberalen süddeutschen Herren eine neue Villa zur Verfügung. Gesundheit und Lebensmut der Direktoren steht auch höher als die Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiter. Aber doch nur bis zu einem gewissen Grade. Kommt bei den Herren Betriebsgewaltigen nicht bald die Erkenntnis, daß zur Fortführung eines solchen großen Werkes nicht nur ein schneidiger Direktor und einige Angestellte, sondern auch ein erfahrener und tüchtiger Arbeiterjamm gehört, dann wird die Firma F. S. Hammerjen noch andere Zeiten erleben. Mit dem Troste, daß man einige Arbeiterwohnungen baut und die Arbeiter in den gelben Wertberein hineinlockt, läßt sich auf die Dauer kein Betrieb rentabel erhalten. Wenn auch der Herr Direktor ein guter Betriebsorganisator sein will, so wird er immer damit rechnen müssen, daß zur guten Betriebsorganisation auch gute Arbeiter und Arbeiterinnen gehören. Und wenn sich gute Arbeiter und Arbeiterinnen ebenfalls zu ihrer Berufsorganisation gesellen, so kann das kein Grund sein, die Arbeiter und Arbeiterinnen dafür mit Entlassung zu bestrafen. Der Herr Direktor scheut sich nicht, mit organisierten Arbeitern Geschäfte zu machen, aber organisierte Arbeiter zu beschäftigen, ja, das lehnt der Herr wohl nicht ab, aber er duldet auch keinen. Wie lange noch soll das währen? Und die Herren Aktionäre der Firma F. S. Hammerjen, wie lange lassen sie sich derartige Handlungen noch gefallen? Doch auch heute muß man wieder die Frage aufwerfen: Wie lange noch lassen sich die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine solche Herrenwirtschaft gefallen? Die einzige richtige Antwort auf die Handlungen der Direktion muß sein: Lückenlose Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen. Und ist sie erst erreicht, dann kann man doch auch einmal Gleiches mit Gleichem vergelten. Wer etwas auf Ehre und Freiheit hält, dem ist zu raten, die Betriebe der Firma F. S. Hammerjen in Osnabrück und Rheine zu meiden.

**Blauen.** Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat im Auftrag der Leitung des Gaus Blauen eine Zählung der nichtbeschäftigten Stickmaschinen vornehmen lassen. Die Zählung erfolgte am 13. Mai und erstreckte sich auf die Filialen Blauen, Falkenstein und Oelsnitz i. V. Durch die Zählung wurden 75 Proz. aller Maschinen erfasst, und zwar 6964 Pantographmaschinen und 436 Automaten. Sie verteilen sich auf die drei Filialen folgendermaßen: Blauen, von 3526 Pantographmaschinen standen still 1908 oder 54 Proz., von 347 Automaten standen still 172 oder 49,5 Proz.; Falkenstein, von 2657 Pantographmaschinen standen still 1427 oder 53,3 Proz., von 73 Automaten standen still 20 oder 27,4 Proz.; Oelsnitz i. V., von 781 Pantographmaschinen standen still 385 oder 49,2 Proz., von 16 Automaten standen still 8 oder 50 Proz. Von 6964 Pantographmaschinen standen 3720 oder 63,4 Proz. still, von 436 Automaten 200 oder 45 Proz. Bei der Zählung am 10. Juni 1913 standen von 5552 Maschinen 2135 oder 38,45 Proz. still. Die Krisis in der Stickereiindustrie, welche bereits seit 1½ Jahr anhält, hat sich also bedeutend verschärft. Wenn wir die Zahl der Maschinen nach der Zählung vom 1. Mai 1911 zugrundelegen, 9760, und ferner auf jede Maschine nur 2 Personen Bedienung rechnen — vielfach sind 3 Personen an der Maschine tätig — so wären am 13. Mai 10 344 Personen weniger beschäftigt gewesen, als in der Zeit regulären Geschäftsganges.

Aus diesen Zahlen offenbar sich so recht die bedenkliche Lage in der Stickereiindustrie. Not und Elend ist über Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen hereingebrochen. Irgendwelche Ausflüchte auf Besserung sind bisher nicht vorhanden.

**Reichenbach i. V.** Betriebsverhältnisse, wie wohl nicht überall angetroffen werden, findet man in der hiesigen Streichgarnbranche vor. Ein Mutterbetrieb dieser Art ist der der Firma F. W. Hächler, Streichgarnweberei, hier. Da gibt es keine geregelte Arbeitszeit. Es kann während der Arbeitszeit die Tabakspfeife gestopft oder auch der Arbeitsraum mit Zigarettenrauch gefüllt werden; es hat nichts zu sagen, wenn ein, zwei Tage blau gemacht wird; mit dem Chef steht man sich auf Du und Du. Also die reinste Harmonie zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Die Folgen eines derartigen Zustandes sind jedoch für die Arbeiter keineswegs günstige, im Gegenteil führen sie dazu, daß den Arbeitern alles Solidaritätsgefühl abgeht; die Mehrzahl ist nicht zu gebrauchen im Kampf um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auch müssen sie sich manche Demütigungen gefallen lassen. Konnte doch in einer der letzten Vorstandssitzungen der Ortskrankenkasse von Herrn Hächler gesagt werden, der schlechte Stand der Kasse sei darauf zurückzuführen, daß es unter den Arbeitern zu viele Simulanten gebe. Durch Anschlag geht Herr Hächler lektens bekannt, daß bis auf weiteres bis abends 8 Uhr Ueberstunden gemacht werden müssen, wer dies nicht tun wolle, habe sich als entlassen zu betrachten. Einmütig flüchten die Arbeiter diese Ueberstunden verweigern, um Herrn Hächler zu zeigen, daß sie nicht willens sind, ihre Gesundheit vorzeitig zu ruinieren, um sich dann noch vielleicht gar als Simulanten hinstellen zu lassen. Des weiteren wissen sie, daß gerade zurzeit die Streichgarnweberei in einer Lohnbewegung stehen, und daß es ein Verbrechen an der gesamten Textilarbeitererschaft ist, unter solchen Umständen Ueberstunden zu machen, denn durch sie wird die Bewegung ja im voraus abgewürgt. — Kollegen! Wacht endlich auf aus Eurer Gleichgültigkeit, erkennt, daß Eure Interessen am wirksamsten in kräftiger gewerkschaftlicher Organisation gewahrt werden, im Deutschen Textilarbeiter-Verband!

**Schöpsau.** Sonntag, den 24. Mai, hielt die hiesige Filiale ihre Quartalsgeneralversammlung mit nachstehender Tagesordnung ab: 1. Kassen- und Revisionsbericht vom ersten Quartal. 2. Bericht der Bildungsausschussmitglieder und Neuwahl derselben. 3. Bericht von der Gaukonferenz. 4. Bericht von der Generalversammlung in Dresden. 5. Neuwahl eines Revisors. 6. Allgemeines. Aus dem Kassenbericht, den der Geschäftsführer vortrug, war zu ersehen, daß sich Einnahme und Ausgabe, bei einem Kassenbestand von 1301,60 Mk., mit 6118,50 Mk. deckte. Die Mitgliederzahl stieg von 918 auf 927, also um 9. Erfreulich ist, daß sich der Umsatz in den höheren Beitragsklassen ganz wesentlich gehoben hat, doch könnte er noch besser sein, wenn die Kollegen und Kolleginnen der Orte Gronau und Großpörsdorf, wo doch die höchsten Löhne in unserem ganzen Bezirk verdient werden, sich ihrer Pflicht ebenso bewußt wären, wie die Kollegen und Kolleginnen in anderen Orten mit weit niedrigeren Löhnen. Gerade die Mitglieder in Großpörsdorf sollten doch noch in Erinnerung haben, wie schwer es in vorkommenden Kämpfen ist, mit der Unterstützung in der 40-reichsp. 30-Pf.-Klasse auszukommen, denn in einem früheren Kampf haben sie es bitter bereut, nicht höher gesteuert zu haben; ja, sehr viele sagten, daß sie, wenn der Kampf erst vorbei sei, sofort in einer höheren Klasse steuern wollten. Leider haben sie es dann wieder vergessen. Wenn aber geglaubt werden sollte, daß bei vorkommenden Fällen die Lokalkasse mit eingreifen könnte, würden sie sich sehr täuschen, denn erstens würden die Kollegen anderer Orte, und auch mit Recht, die Hand darüber halten, und übrigens ist die Lokalkasse noch viel zu gering, als daß wir etwas deraufliegendes wagen könnten. Die Kollegen dort hätten auch alle Ursache, sich nicht von anderen Orten beschämen zu lassen, denn sie haben mit Hilfe des Verbandes im letzten Jahr eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,18 Mk. erreicht, während die Kollegen anderer Orte leer ausgegangen sind. Von der Mehreinnahme könnten sie also sehr leicht mindestens 10 Pf. übrig haben, zumal sie sich ja dadurch bedeutend höhere Unterstützungen sichern. Aus dem Bericht des Bildungsausschusses geht hervor, daß die von ihm getroffenen Veranstaltungen nicht so besucht waren, wie es nötig gewesen wäre; der Wunsch, daß dies in Zukunft besser werden möge, ist deshalb nur allzu berechtigt und hoffen wir, daß auch unsere Kollegen sich danach richten werden. Einer Milderung des Beitragsystems und damit auch der Besetzung des Bildungsausschusses wird einstimmig zugestimmt. Als Mitglieder zum Bildungsausschuss werden die Kollegen E. Sauer, H. Kiske und E. Wolfram einstimmig gewählt. Den Bericht von der Gaukonferenz gab Kollege E. Sauer in sehr ausführlicher Weise. Der Bericht von der Generalversammlung wurde wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgelehnt. Zu Punkt 5 gab Kollege Wolfram bekannt, daß der bisherige Revisor Paul Weitz sich wegen nichtiger persönlicher Gründe vom Verband abgemeldet habe, derselbe Kollege, der selbst in öffentlicher Versammlung einmal erklärt habe, daß er vom Verband jebiel Unterstützung bezogen hätte, daß er sie gar nicht wieder hineinführen könnte, auch wenn er sein ganzes Leben lang steuere. W. hatte auch den Mut, sich einmal als Geschäftsführer zu melden. Mit allgemeiner Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von dem Schritt Ws. Er dürfte ihm nicht zum Nutzen gereichen. Als neuer Revisor wurde Kollege Güttler gewählt. Am letzten Punkt der Tagesordnung kam der Wunsch zum Ausdruck, daß doch dafür gesorgt werden solle, daß diejenigen Bauarbeiter, die im Winter in Betrieben unserer Industrie arbeiteten, auch Beiträge zahlen müßten und nicht, daß sie, wie bisher, beitragsfrei blieben. Diese Leute kämen im Winter in größter Zahl in unsere Industrie, böten sich zum großen Teil zu recht niedrigen Löhnen an und machten uns dadurch recht unliebbare Konkurrenz. Kollege Wolfram erklärte, daß diese Leute schon heute Beiträge während der Wintermonate bezahlen müßten, daß sie es aber jedenfalls vielfach nicht melde, wenn sie arbeiteten, und daß es deshalb Pflicht unserer Kollegen sei, auf sie aufzupassen und alle bei der Verwaltung zu melden, damit diese sich mit dem Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes in Verbindung setzen könnte, dann würde sicher Abhilfe geschaffen werden. Weiter kam das unkollegiale Verhalten eines in Gronau arbeitenden Kollegen zur Sprache. Dann wurde noch beschlossen, auch in diesem Jahre einen Ausflug zu machen. Der Besuch der Versammlung hätte ein besserer sein können. Es wird darüber noch an anderer Stelle zu reden sein.

**Literatur.**

Die Störungen an elektrischen Maschinen, insbesondere deren Ursachen und Beseitigung. Von Ludwig Hammel, Zivilingenieur, in Frankfurt a. M., Bismarckallee 60. Zweite vermehrte Auflage. Preis in Leinwand gebunden 2,60 Mk. Selbstverlag des Verfassers. Das Buch ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Hinweis, daß das Sammelische Werk innerhalb weniger Monate schon in zweiter Auflage erschienen ist, zeigt die gute Aufnahme, die dasselbe in Fachkreisen gefunden hat. Dieses dürfte auch beweisen, daß das Buch den an dasselbe gestellten Erwartungen, nämlich dem in der Praxis stehenden Maschinenisten, Installateur, Monteur, Werkmeister und dergl. in möglichster Vollständigkeit und Leichtverständlichkeit, aber auch in möglichster Kürze ein praktischer Ratgeber bei eintretenden Betriebsstörungen an elektrischen Maschinen zu sein, genügt. Aber auch für Besitzer elektrischer Maschinen ist dieses Buch geschrieben und dürfte es daher auch in diesen Kreisen wertvolle Winke bezüglich Behandlung elektrischer Maschinen erteilen.

**Bekanntmachungen.**

**Vorstand.**

Sonntag, den 14. Juni, ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf der Zahlkarte, Postcheckkonto 5386, anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Zulaufbriefe von 20—250 Gramm müssen mit 20 Pf. frankiert werden. Jeder Zuschrift sollten die Absender ihre vollständige Adresse beifügen, damit man in den Fällen, wo sich eine Rückänderung oder eine sonstige Sendung infolge der Zuschrift an den Absender notwendig macht, nicht erst lange nach dessen Adresse zu suchen braucht.

**Ortsverwaltungen.**

**Adressenänderungen.**

**Gau 13. Magdeburg.** Der Vorsitzende ist zu streichen. Sämtliche Sendungen an den Kassierer Adolf Seiffert, Magdeburg-N., Schmidtstr. 8, Hof 1.

**Gau 13. Wittstock (Düsse).** Am Juli findet eine Revision der Mitgliedsbücher statt. Die Mitglieder werden deswegen ersucht, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen.

**Tariff Fragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.**

- Gau 3 (Krefeld):** Paul Vater, M.-Gladbach, Königstr. 13.
- Gau 5 (Mülhausen i. El.):** Josef Gsell, Mülhausen i. E., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).
- Gau 7 (Augsburg):** Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.
- Gau 8 (Gera):** Tariffkommission, Gera (N.), Schülerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.
- Gau 9 (Blauen i. B.):** Tariffkommission für den Bezirk Oberfranken, Max Rathel, Hof i. B., Lorenzstr. 23.
- Gau 11 (Neugersdorf):** Gustav Stammiger, Neugersdorf, Postweg 96i.
- Gau 12 (Liegnitz):** Hermann Reichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.
- Gau 13 (Berlin und Vororte):** Tariffkommission der Teppich- und Plüschbranche. Alle Sendungen sind zu richten an Max Gruhl, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.
- Greiz und Umg.:** Geschäftsstelle, Greiz, Breuningstr. 12. Sonnabends nachmittags von 4—5 Uhr.
- Bielefeld.** Tariffkommission für Plüschweberei: Rudolf Strate, Stieghorstr. 155, bei Bielefeld.
- Elberfeld.** Tariffkommission für Moquette, Plüsch und Gobelin: Franz Braun, Sedanstraße 49.
- Sameln a. W.** Tariffkommission der Teppich- und Rutenweberei: Heinrich Albert, Sameln a. W., Kupfereschmiedestr. 2.
- Mühlau-Neisichlau.** Geschäftsstelle: Mühlauer Straße 28 I, Auskünfte Freitags abends von 6—8 Uhr.
- Reichenbach i. B.:** Geschäftsstelle, Reichenbach i. B., Weiststr. 3. Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.

Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohnstarifen usw. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

**Totenliste.**

**Gestorbene Mitglieder:**

- Dresden.** Josef Neugebauer, Kämmererarbeiter, 46 Jahre, Gelenkversteinerung.
- Elberfeld.** Gustav Heierberg, Stückerber, 52 Jahre, Schlaganfall; Heinrich Kott, 65 Jahre, Magenleiden.
- Gera.** Gustav John, Weber, 62 Jahre, Blasenleiden.
- Glauchau.** Robert Schiller, 50 Jahre, Gehirnschlag.
- Langenbielau.** Bruno Kalus, Weber, 29 Jahre, Lungenkrankheit.
- Lengsfeld i. B.** Heinrich Schmidt, 65 Jahre, Schlaganfall.
- Ludenwalde.** Helene Gruppe, Reicherin, 26 Jahre, Lungenentzündung.
- Blauen i. B.** Theresia Wirth, Fädlerin, 18 Jahre, Nierenleiden.

**Ehre ihrem Andenken!**

**Streitfalltafel.**

(Die Meldungen für die Streitfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

**In Bewegung befinden sich:**

- Weber, Färber, Bleicher in:** Elmshorn (Mechan. Weberei, Färberei und Bleicherei). Greifath (Schwarz u. Co. A.-G.).

**Spitzenweber in:**

- Grimma (Wirkigt).

**Seiden- und Stoffdrucker in:**

- Schweiz.

**Weber in:**

- Bad Lausitz (Koch).
- Elmshorn (Mech. Weberei, G. m. b. H.).
- Eunewalde (W. Kalauch).
- Landeshut (Seidenweberei).
- Verdiers (Frankreich).

**Tricotagenarbeiter in:**

- Limbach i. S. (E. Winkler).

**Handschuharbeiter in:**

- Nisch i. B.

Aus sonstigen Gründen sollen Zugzug unterlassen:

**Kurbelsticker nach:**

- Berlin.

**Bandweber nach:**

- Apolda.

**Färber und Wäscher nach:**

- Berlin, Schweiz.

**Spinner, Annmacher, Aufsticker nach:**

- Wietzigheim.
- Osnabrück und Rheine (F. A. Hammerjen, Baumwollspinnerei und -weberei).

**Seidenweber nach:**

- Landeshut (Seidenweberei der Firma P. Methner).

**Plüsch- und Teppichweber nach:**

- Berlin.

**Stoffdrucker nach:**

- Penig.
- Ebersbach i. Sa. (Wünsch's Erben).

**Handschuhzuschnneider nach:**

- Limbach.

**Gummibandwirker nach:**

- Barmen (Aug. Kehrenberg).

**Gummibandweber nach:**

- Wien.

**Spitzen-, Gardinen-, Tüllweber nach:**

- Kalisch (Russisch-Polen).

**Weber und Weberinnen verschiedener Art nach:**

- Brandenburg a. S., Hamburg, Sameln, Kassel, Ludenwalde, Cederan, Offenbach am Queich, Reichenbach i. B., Dorst i. L., Hohenstein-Ernstthal (Wilh. Ende), Barth an der Ostsee, Sädlingen (Rheinl.), Zittau-Scheibe (C. G. Thomas, Decken- und Scheurückweberei).

**Posamentierer nach:**

- Berlin.
- Unsbach i. L.
- Kopenhagen (Winstrom, Westergade 10).

**Bandwirker und Arbeiterinnen nach:**

- Fürth (Firma J. Gehmann).

**Stoffhandschuharbeiter nach:**

- Nisch in Böhmen (Eisenhimmel u. Co.).

**Textilarbeiter überhaupt nach:**

- Spremeberg N.-L.
- Hannover.
- Duisburg.

Da in Riesa-Gröba und in Lublinitz keine Reiseunterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streitfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keinerlei Unterstützung gezahlt.

Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die Stammmummer des Mitgliedsbuches anzugeben.

**Versammlungskalender.**

- Berlin.** Zentralkasse: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königstadt 1873. **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Lohan, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion der Dekateure und Presser.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ecke Injelsstraße: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion Weissenfee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulich, Lehderstr. 5: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Elste, Wallstr. 32—33: **Zahlabend und Besprechung von Branchenanliegenheiten.**
- Berlin.** (Für Roabit.) Zahlstelle: Waldstraße 12 bei Schlemann.
- Berlin.** (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei A. Döhling.
- Berlin.** (Für Neufölln.) Zahlstelle: Zietenstr. 69 bei Kramer.
- Berlin.** (Für Briß.) Zahlstelle: Kirchhofstr. 41 bei Wolff.
- Berlin.** (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87, bei S. Poczonkel.
- Berlin.** (Für Südoß.) Zahlstelle: Pückerstr. 2.
- Berlin.** (Sektion der Hand- und Schiffsticker und des Hilfspersonal.) Jeden Sonnabend, abends von 8½ bis 10 Uhr, bei Friedrich Vogt, Weberstr. 6.
- Berlin.** (Für Charlottenburg.) Zahlstelle: „Volkshaus“ (Nejstaurant), Rosinenstraße 3.
- Blumenau.** Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Hannig.
- Bernau.** Sonnabend, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, bei Manzel, Kaiser- und Chauffee-Str.-Ecke.
- Eilenburg.** Freitag, den 19. Juni.
- Eichwege.** Sonnabend, den 20. Juni.
- Finstertal.** Sonnabend, den 20. Juni.
- Frankenberg.** Sonnabend, den 20. Juni, abends 8½ Uhr, im „Tunnel“.
- Frankfurt a. M.** Sonnabend, den 20. Juni, nachm. 5 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Fulda.** Sonnabend (Samstag), den 20. Juni, abends 8 Uhr.
- Görlitz.** Sonnabend, den 20. Juni, im „Felsenkeller“, Sonnenstr. 5.
- Ludenwalde.** Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Gerhardt, Weitzer Straße 34.
- Neudamm.** Mittwoch, den 17. Juni.
- Neumünster.** Freitag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Elysium“, Altonaer Straße 10.
- Nowawes.** Jeden Freitag, abends von 8 bis 9 Uhr, bei Hiemke, Wallstraße 55: **Zahlabend.**
- Oederan.** Sonntag, den 21. Juni, abends 7½ Uhr, in der „Erholung“.
- Schlötzhelm.** Sonnabend, den 20. Juni.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

**ANZEIGEN**  
(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

**Deutscher Textilarbeiterverband  
Filiale Hamburg und Umgegend.**

Am Sonnabend, den 20. Juni 1914, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus Hamburg, Wesenbinderhof 57, Hof ptr., Kleiner Saal, Eingang neben der Herberge

**Generalversammlung  
für alle Bezirke.**

**Tagesordnung:**

- 1. Abrechnung vom I. Quartal 1914. — 2. Anträge. — 3. Kartellbericht. — 4. Bericht von der Generalversammlung in Dresden.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Die Geschäftsleitung.

**„Textil-Praxis“**  
Fachtechnische Zeitschrift für Textilarbeiter  
Bringt belehrende Artikel aus allen Zweigen der Textilindustrie  
Erscheint monatlich einmal. Abonnement pro Nummer 20 Pf., Vierteljahr 60 Pf. — Damit in der Zustellung der Juli-nummer keine Verzögerung eintritt, sind Bestellungen auf das dritte Quartal sofort bei der Ortsverwaltung oder dem Unterkassierer aufzugeben. — Bei Neuabonnement können die seit dem 1. Januar erschienenen Nummern direkt durch die Expedition der „Textil-Praxis“, Berlin O. 27, Andreasstraße 61<sup>II</sup>, bezogen werden.  
Die „Textil-Praxis“ muß in jeder Textilarbeiterfamilie gelesen werden.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 13. Juni.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \* versehenen Artikel Hermann Kräßig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vormärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.